

Außenpolitik, Öffentlichkeit, öffentliche Meinung

Deutsche Streitfälle in den „langen 1960er Jahren“

Von

Peter Hoeres

Am 17. März 1966 legte der Leiter des Pressereferats Hans Jörg Kastl seinem Dienstherrn, Außenminister Gerhard Schröder, einen Vermerk über ein Gespräch zwischen Axel Springer und Ludwig Erhard vor: „Axel Springer habe im Verlauf dieses Gesprächs geäußert, er werde die Politik des Herrn Bundeskanzlers solange nicht unterstützen, wie Dr. Schröder Bundesaußenminister sei. Der Bundeskanzler habe geantwortet, dann müsse er eben auf die Unterstützung des Springer-Konzerns verzichten.“¹

Der angeblich so mächtige Medienzar konnte seine Personalvorstellungen also selbst bei „Ludwig, dem Kind“, wie der weiche Erhard in Adenauers Umgebung genannt wurde², nicht ansatzweise zur Geltung bringen. Er hatte es aber in aller Deutlichkeit versucht, sogar mit diesem offenen Junktim. Man könnte viele weitere Beispiele für die versuchte Steuerung der Politik durch die Medien aus dieser Zeit anführen, bekannt ist Rudolf Augsteins Maxime, Strauß dürfe es niemals ins Kanzleramt schaffen.³

Die Politiker waren aber nicht nur tatsächliche oder vermeintliche Opfer anmaßender Großpublizisten. Sie spielten das Spiel auch mit, und zwar nicht nur Adenauer, der es mit seiner „Off the Record“-Technik schaffte, in- und ausländische Journalisten ungefragt zu Verbündeten zu machen.⁴ Trotz der Schröder-Feindschaft des Springer-Verlages hielt auch der Au-

¹ Vermerk Kastl 17.3.1966, in: Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP), 01-483/214-1.

² Vgl. *Franz Josef Strauß*, Die Erinnerungen. Berlin 1989, 414.

³ Vgl. *Rudolf Augstein* über Franz Josef Strauß in seiner Zeit, in: Der Spiegel 10.10.1988, 18-27.

⁴ Vgl. *Konrad Adenauer*, Teegespräche 1950-1954, 1955-1958, 1959-1961, 1961-1963. Bearb. Bd. 1-3: *Hanns Jürgen Küsters*, Bearb. Bd. 4: *Hans Peter Mensing* (Rhöndorfer Ausgabe). Berlin 1984-1992, und Adenauer. Die letzten Lebensjahre 1963-1967. Briefe und Aufzeichnungen. Gespräche, Interviews und Reden. 2 Bde. Bearb. v. *Hans Peter Mensing* (Rhöndorfer Ausgabe). Paderborn u.a. 2009.

ßenminister engen Kontakt zum *Welt*-Journalisten Kurt Becker und versorgte diesen mit exklusiven Informationen und Akteneinsicht.⁵

Mit Adenauer und Schröder sind zwei Protagonisten des Szenarios genannt: Zeitlich geht es um die Post-Adenauer-Ära, in welcher der Altkanzler, dessen Amtszeit auch im Hinblick auf die Medien(politik) bereits recht gut erforscht ist⁶, noch bis zu seinem Tod im April 1967 eine gewichtige Rolle spielte. Inhaltlich geht es um eine Polarisierung von Politik, Medien und Gesellschaft über die Außenpolitik, die auf verschlungenen Pfaden verlief, parteipolitisch lange nicht eindeutig zu verorten war und sich immer wieder an der Personalie Schröder entzündete, bis dann mit Brandt, Bahr und der „Neuen Ostpolitik“ neue Spiele auf dem Turnierplatz aufgeführt wurden, auf dem die politischen und journalistischen Akteure um so heftiger aufeinanderprallten. Wer saß auf der Tribüne dieses Turnierplatzes, wer war auf dem Feld, wie wurde gekämpft? Einige Vorüberlegungen sollen diese Fragen im folgenden zunächst begrifflich angehen und historisch einordnen. Hierauf sollen anhand empirischer Beispiele aus den 1960er Jahren Schlaglichter auf das Verhältnis von Außenpolitik, Öffentlichkeit und öffentlicher Meinung geworfen werden. Schließlich werden die Beobachtungen mittels Anleihen aus der Systemtheorie theoretisch eingeordnet und Schlußfolgerungen für das Verhältnis von Öffentlichkeit, öffentlicher Meinung und Außenpolitik sowie im Hinblick auf die Stabilität außenpolitischer Orientierungen in der Geschichte der Bundesrepublik gezogen.

I.

In der frühen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland erhielt die politische Beschäftigung mit der Öffentlichkeit und der öffentlichen Meinung durch zwei Entwicklungen eine neue Dynamik: zum einen durch die rapide Ausbreitung der Meinungsforschung, zum anderen durch die intensive Erörterung des „Strukturwandels der Öffentlichkeit“, eine Debatte, die

⁵ Brief Mahnkes an Springer 30.12.1965, in: Axel Springer AG, Unternehmensarchiv (AS-UA), Nachlaß Mahnke, Nr. 1. Becker fiel bei Springer dann in Ungnade und wechselte im März 1966 zur Wochenzeitung *Die Zeit*.

⁶ Vgl. *Frank Andreas Buchwald*, Adenauers Informationspolitik und das Bundespresseamt. Strategien amtlicher Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in der Kanzlerdemokratie. Mainz 1991; *Johannes J. Hoffmann*, Adenauer: „Vorsicht und keine Indiskretionen!“ Zur Informationspolitik und Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung 1949–1955. Göttingen 1995.

man nicht auf Jürgen Habermas' 1962 erschienene Habilitationsschrift⁷ reduzieren darf. Prominente Publizisten wie Ernst Fraenkel, Wilhelm Hennis, Kurt Sontheimer und Journalisten wie Paul Sethe oder Paul Wilhelm Wenger kritisierten Ende der 1950er und Anfang der 1960er Jahre die neue „Herrschaft der Zweitausend“⁸, also die Herrschaft des in dieser Größenordnung abgefragten Bevölkerungsausschnitts. Die Kritik rief aber nicht nur engagierte Antworten der sich als moderne Sozialwissenschaftler verstehenden Demoskopien hervor, sie machte auch deutlich, daß die Meinungsforschung längst zu einer Grundlage des politischen Handelns geworden war. Schon 1950 waren das Allensbacher Institut für Demoskopie und EMNID vom Bundespresseamt mit regelmäßigen Umfragen beauftragt worden.⁹

Seit Ende der 1950er Jahre stand somit ein von Hennis, Habermas und anderen privilegierter „alter“ Begriff einer journalistisch und intellektuell geprägten öffentlichen Meinung einer von den Demoskopien promovierten „neuen“ Konzeption einer in Umfragen faßbaren und auszählbaren öffentlichen Meinung entgegen. Die Vertreter der mit sozialwissenschaftlichem Anspruch operierenden Demoskopie warfen ihren Kritikern eine normativ-idealistische, veraltete Vorstellung von öffentlicher Meinung vor, während sie einen empirisch sozialwissenschaftlich abgestützten, demokratischeren Begriff von öffentlicher Meinung dagegenstellten.¹⁰ Hinsichtlich ihrer Wirkung auf die Politik sind beide Spielarten der öffentlichen Meinung relevant, denn sowohl die in den Massenmedien repräsentierte Form von öffentlicher Meinung als auch die demoskopisch ermittelten Einstellungen des Elektorates werden – und wurden in den 1960er Jahren – politisch beobachtet und instrumentalisiert. Die öffentliche Meinung wird dabei nur als eine aus einem latenten Meinungsklima verdichtete Kraft wahrgenommen,

⁷ Vgl. Jürgen Habermas, *Strukturwandel der Öffentlichkeit*. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. Mit einem Vorwort zur Neuauflage 1990. Frankfurt am Main 1990; kritisch bilanzierend dazu Andreas Gestrich, Jürgen Habermas' Konzept der bürgerlichen Öffentlichkeit: Bedeutung und Kritik aus historischer Perspektive, in: Clemens Zimmermann (Hrsg.), *Politischer Journalismus, Öffentlichkeiten und Medien im 19. und 20. Jahrhundert*. Sigmaringen 2006, 25–40.

⁸ So der Titel des Leitartikels von Paul Sethe, in: *Die Welt* vom 19.1.1957, 1f.

⁹ Vgl. Peter Hoeres, *Abwehr und Aneignung der Demoskopie im intellektuellen Diskurs der frühen Bundesrepublik*, in: Franz-Werner Kersting/Jürgen Reulecke/Hans-Ulrich Thamer (Hrsg.), *Die zweite Gründung der Bundesrepublik. Generationswechsel und intellektuelle Wortergreifungen 1955–1975*. Im Auftrag der Freiherr-vom-Stein-Gesellschaft. Stuttgart 2009, 69–84.

¹⁰ Vgl. besonders Gerhard Schmidchen, *Die befragte Nation. Über den Einfluß der Meinungsforschung auf die Politik*. Freiburg im Breisgau 1959.

wie ebenfalls in den sechziger Jahren Elisabeth Noelle in ihrer Mainzer Antrittsvorlesung beobachtete: „Öffentliche Meinung existiert überhaupt nur im Zustand der Veränderung, der Erregung, der Störung, bei Gefahr der Desintegration – oder bei plötzlicher Verstärkung der Integration auch in besonderer Hochstimmung der Einmütigkeit von Regierung und Regierten, zum Beispiel bei einem nationalen Triumph.“¹¹

Wenn man die Einstellungen und Präferenzen der Bevölkerung, wie sie demoskopisch ermittelt werden, gerade im Vermittlungsprozess durch Medien und/oder direkt durch Interpretationen der Meinungsforschungsinstitute als Faktor auch in außenpolitischen Entscheidungsprozessen erkennt, dann kann man sie auch als Ausdruck der öffentlichen Meinung verstehen; ob dies nun normativ zu begrüßen ist oder nicht, faktisch spielen sie diese Rolle. Auch der Öffentlichkeitsbegriff kann dann gemäß der neueren Forschung einerseits weniger normativ beladen, andererseits pluralistisch verstanden werden, es existiert nicht die eine Öffentlichkeit, sondern (Teil-)Öffentlichkeiten.¹² Öffentlichkeit wird heute in pragmatischen sozialwissenschaftlichen Bestimmungsversuchen als „Public Sphere“, als ein „Kommunikationsforum“ verstanden, als idealiter gesicherter Raum öffentlicher und jedermann zugänglicher Kommunikationen, auf die sich in politischer Hinsicht demokratische Entscheidungsprozesse stützen müssen und an die sie legitimatorisch rückgebunden sind.¹³ Die Öffentlichkeit ist also der Turnierplatz, auf dem die Protagonisten mit- und gegeneinander agieren, die Massenmedien nehmen dabei ebenso wie das Publikum nicht nur eine beobachtende Rolle auf den Tribünen ein, Medien und Publikum betreten selbst, wie zu zeigen sein wird, den Kampfplatz, als Medienakteure oder vermittelt Meinungsforscher, welche die Willensäußerungen aus ihren Umfragen auf das Spielfeld tragen.

Für die „langen 1960er Jahre“¹⁴ ist dabei nicht nur eine anschwellende Flut von demoskopischen Zahlenkolonnen, wie sie die Meinungsfor-

¹¹ Elisabeth Noelle, Öffentliche Meinung und soziale Kontrolle, in: dies./Erich Peter Neumann (Hrsg.), Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1965–1967. Bd. 4. Allensbach/Bonn 1967, XXV–XLV, Zitat XXXIII.

¹² Vgl. Karl Christian Führer/Knut Hickethier/Axel Schildt, Öffentlichkeit, Medien, Geschichte. Konzepte der modernen Öffentlichkeit und Zugänge zu ihrer Erforschung, in: AfS 43, 2001, 1–38, 11.

¹³ Vgl. Jürgen Gerhards/Friedhelm Neidhardt, Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit. Fragestellungen und Ansätze, in: Stefan Müller-Doohm (Hrsg.), Öffentlichkeit, Kultur und Massenkommunikation. Beiträge zur Medien- und Kommunikationssoziologie. Oldenburg 1991, 31–88.

¹⁴ Zur Periodisierung der sechziger Jahre vgl. Karl Lammers/Axel Schildt/Detlef Sieg-

schungsinstitute der Regierung, den Parteien und zunehmend auch den Massenmedien lieferten, zu beobachten und in den Archiven aufzufinden.¹⁵ Auch die Massenmedien durchliefen eine Phase der Expansion und Extension, besonders im Hinblick auf das Fernsehen. Die sechziger Jahre sind als das „Jahrzehnt der Ausbreitung des Fernsehens“¹⁶ bezeichnet worden, und das gilt für die Angebots- wie für die Nachfrageseite. Für den Bereich der Außenpolitik gilt hinsichtlich der Fernsehrezeption jedoch eine gewisse Zurückhaltung der Politiker und Institutionen: 1961 besaß erst ein Abteilungsleiter im Auswärtigen Amt einen Fernsehapparat, und das auch nur privat. Im Amt selbst befand sich kein Empfangsgerät. Im Verlauf der 1960er Jahre wurden dort dann die Fernsehsendungen doch einigermaßen systematisch ausgewertet, dem Fernsehen gab man nun vor dem Radio die Priorität.¹⁷ Gleichwohl stellte eine Studie zu den deutsch-polnischen Verhandlungen des Jahres 1970, die auf Befragungen der außenpolitischen „Entscheidungsträger“ basierte, lapidar fest: „das Volk sieht fern, Politiker lesen Zeitung“; und zwar durchschnittlich eine Stunde täglich, vorwiegend Qualitätszeitungen wie *FAZ*, *Süddeutsche*, *Welt* und *NZZ*, und das vorrangig, um zu erfahren, was das Wahlvolk weiß und denkt.¹⁸ Durch Konzentrationsprozesse auf dem Verlagsmarkt wie der Ausweitung des Springer-Imperiums oder der Gründung von Gruner + Jahr 1965 bauten die Zeitungsverleger ihre Macht aus und gerieten stärker in das Blickfeld der Öffentlichkeit.

In Summa sind die „langen 1960er“ Jahre eine Phase der Ausweitung der Meinungsforschung und der beschleunigten Medialisierung, daß heißt

fried (Hrsg.), *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*. Hamburg 2000. *Anselm Doering-Manteuffel* taxiert in seinem Beitrag dort (Westernisierung. Politisch-ideeller und gesellschaftlicher Wandel in der Bundesrepublik bis zum Ende der 60er Jahre, 311–341) die Phase zwischen 1957/58 bis 1972/73 als Kernphase der sogenannten „Westernisierung“.

¹⁵ Besonders im Bestand B 145 (Bundespresseamt) im Bundesarchiv (BArch) in Koblenz; vgl. auch *Anja Kruke*, *Demoskopie in der Bundesrepublik Deutschland. Meinungsforschung, Parteien und Medien 1949–1990*. Düsseldorf 2007.

¹⁶ *Anselm Doering-Manteuffel*, *Eine neue Stufe der Verwestlichung? Kultur und Öffentlichkeit in den 60er Jahren*, in: *Lammers/Schildt/Siegfried* (Hrsg.), *Dynamische Zeiten* (wie Anm. 14), 661–672, hier 663.

¹⁷ Vgl. *Simone Derix*, *Bebilderte Politik. Staatsbesuche in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1990*. Göttingen 2009, 282f.

¹⁸ Vgl. *Gerhard W. Wittkämper/Jürgen Bellers/Jürgen Grimm* u.a., *Pressewirkungen und außenpolitische Entscheidungsprozesse. Methodologische Probleme der Analyse*, in: *Gerhard W. Wittkämper* (Hrsg.), *Medien und Politik*. Darmstadt 1992, 150–168, hier: 162–164.

der ansteigenden gegenseitigen Durchdringung von Gesellschaft beziehungsweise von Politik und Medien.¹⁹ Wie wirkten sich nun diese Entwicklungen, die fortschreitende Medialisierung, der Durchbruch der Demoskopie und das geschärfte Bewußtsein für Öffentlichkeit und öffentliche Meinung auf die Verhandlung der Außenpolitik jener Jahre aus? Zum einen führte dies zu einer breiten Rezeption demoskopischer Daten durch die Politik und auch durch die Medien, damit einhergehend auch zu einer erhöhten Responsivität²⁰, also Sensibilität für die Bevölkerungsmeinung. Zum anderen zeigte sich ein erhöhtes Selbstbewußtsein der Medienakteure im Hinblick auf die außenpolitische Agenda, ehemals ein Arkanbereich der Exekutive, eine Vorstellung, die auch noch nicht ganz verschwunden war. Der eigene außenpolitische Ehrgeiz medialer Akteure führte aber zu bisweilen kontraintentionalen Ergebnissen. Das Zusammenspiel von Politikern und Medien, Außenpolitik und öffentlicher Meinung soll im folgenden am Beispiel des Streits um Außenminister Schröder und den Atomwaffensperrvertrag betrachtet werden.

II.

Die großen Verleger und Chefredakteure der Bundesrepublik empfanden sich seit der Polarisierung auch untereinander in den 1960er Jahren zunehmend als politische Akteure, auch wenn sie das in der Öffentlichkeit abstritten. So relativierte Axel Springer in der ZDF-Sendung „Dialog mit Axel Springer“ im Gespräch mit Klaus Harpprecht, der im Sommer 1965 beinahe in eine herausgehobene Position zu Springers Flaggschiff *Die Welt* gekommen wäre, die Macht der Presse, auch der *Bild*²¹, und noch mehr seine eigenen Machtambitionen.²² Dies diente aber mehr der Camouflage seiner politischen Ambitionen, die in den 1960er Jahren überdeutlich zuta-

¹⁹ Mit Blick auf den Aufstieg der Massenpresse im Kaiserreich oder des Internets Mitte der 1990er Jahre kann man den Prozeß in den 1960er Jahren als einen von mehreren Schüben der Medialisierung sehen, vgl. auch *Frank Bösch/Norbert Frei*, Ambivalenzen der Medialisierung. Eine Einführung, in: dies. (Hrsg.), *Medialisierung und Demokratie im 20. Jahrhundert*. Göttingen 2006, 7–24.

²⁰ Vgl. zum Begriff *Frank Brettschneider*, *Öffentliche Meinung und Politik*. Eine empirische Studie zur Responsivität des Deutschen Bundestages. Opladen 1995, 18–20.

²¹ Damit hatte Springer aus Sicht der heutigen Medienwirkungsforschung durchaus Recht. Er verwies in dem Gespräch auf die erheblichen Diskrepanzen zwischen der *Bild*-Meinung und der Meinung der Bevölkerung. Vgl. die Mitschrift der ZDF-Sendung in: AS-UA, NL Mahnke, Nr. 3, 23f.

²² Vgl. AS-UA, NL Mahnke, Nr. 3, 22f.

ge traten. Und wie die Politiker, so ließ auch Springer sein Image in der Bevölkerung durch Meinungsforschungsinstitute ergründen – mit gesonderter Untersuchung der *Spiegel*-Leser und der Konsumenten der zeitkritischen TV-Magazine –, gerade nach Fernsehsendungen oder kritischen Stories über ihn in der Presse.²³

Eine operative Politisierung des Axel Springer Verlages begann mit der Berufung Horst Mahnkes zum Geschäftsführer des Redaktionellen Beirats des Verlages 1965. Mahnke war von Springers Illustrierter *Kristall* gekommen. Zwischen 1952 und 1959 hatte er das außenpolitische Ressort des *Spiegel* geleitet. Er zeichnete dort auch für viele Serien verantwortlich, etwa vom Bestsellerautor Paul Carell („Unternehmen Barbarossa“), der dann auch für *Kristall* schrieb. Carells richtiger Name war Paul Karl Schmidt. Im Dritten Reich hatte er es zum Pressechef des Auswärtigen Amtes gebracht und dabei mit dem späteren Springer-Kolumnisten Hans-Georg von Studnitz als dienstverpflichtetem Untergebenen zusammengearbeitet. Beim *Spiegel* kooperierte Mahnke ferner mit Georg Wolff, den er vom gemeinsamen zeitungswissenschaftlichen Studium bei Franz Alfred Six kannte. Seinem Lehrer Six folgte Mahnke auch ins Reichssicherheitshauptamt (RSHA) in die Abteilung „Weltanschauliche Forschung“, und mit ihm zog er 1941 in der Einsatzgruppe B zur „Gegnerbekämpfung“. Als Hauptsturmführer der SS wechselte er in die kulturpolitische Abteilung des Auswärtigen Amtes, wo er wiederum auf Paul Karl Schmidt traf, der Leiter der Nachrichten- und Presseabteilung des Amtes geworden war. Six verlegte als Geschäftsführer des C. W. Leske-Verlages nach dem Krieg Augstein und wiederum Mahnke und Wolff.²⁴ Das Netzwerk hatte also über die historische Zäsur und über Berufs- und Verlagswechsel hinweg Bestand.

Bei Springer nutzte Mahnke seine Kontakte und seine erworbenen Fähigkeiten in der Gegnerbeobachtung, im RSHA hatte er das Referat „Marxismus, Sozialismus und Freimaurerei“ geleitet. Als Leiter des Redaktionellen Beirates unterhielt er nun ein hochrangiges Informantennetz, um den Verleger stetig mit Interna aus Politik und dem *Spiegel*-Verlag, aber auch mit allerlei Lesefrüchten und Autorenempfehlungen zu versorgen. Zudem

²³ Vgl. *Arbeitsgruppe für Sozial- und Konsumforschung Hamburg*, „Die Axel-Springer-Story“. Ergebnisse einer psychologischen Leitstudie zum STERN-Bericht in Heft 46/1967, Dezember 1969; *dies.*, „Dialog mit Axel Springer“. Ergebnisse von psychologischen Gruppendiskussionen, Februar/März 1968; beide in: AS-UA, NL Mahnke, Nr. 3.

²⁴ Vgl. zu Six: *Lutz Hachmeister*, *Der Gegnerforscher. Die Karriere des SS-Führers Franz Alfred Six*. München 1998; zu Schmidt/Carell: *Wigbert Benz*, *Paul Carell. Ribbentrops Pressechef Paul Karl Schmidt vor und nach 1945*. Berlin 2005.

entwarf er PR-Strategien, er betrieb interne Informationspolitik und schlug straffe Organisationsreformen der Verlagssteuerung vor, er gab Markt- und Meinungsforschung in Auftrag, betrieb Personalpolitik und Blattkritik. In einer Phase zunehmender Kritik und Agitation gegen Springer war Mahnke für die Gegenstrategie zuständig. Allerdings wurde aus dem Redaktionellen Beirat keine Super-Chefredaktion für die Springer-Zeitungen. Vielleicht hatte dies Mahnke zeitweilig vorgeschwebt, aber im Klima der anschwellenden Kritik an Springers „Gleichschaltung“ riet auch Mahnke im Juni 1967 von einem solchen Schritt ab. Überhaupt wurde auch bei Springer, anders als es die zeitgenössische Kritik und manch spätere Legende wissen wollte, nicht „durchregiert“. Vielmehr stießen bei Springer, *Welt*-Chefredakteur Hans Zehrer und beim Amerika-Korrespondenten der *Welt* Heinz Barth immer wieder Artikel der eigenen Blätter auf Kritik, zum Beispiel aus der Feder der „Schröder-Lobby“, gemeint waren Ernst Cramer, einer der stellvertretenden *Welt*-Chefredakteure, und der diplomatische Korrespondent Graf von Finckenstein.²⁵ Als Mahnke wegen seiner NS-Vergangenheit selbst ins Fadenkreuz von Kollegen, Gegnern und Staatsanwaltschaft geriet, trennte sich Springer auf Anraten Cramers 1968 von Mahnke, der Hauptgeschäftsführer beim Verband Deutscher Zeitungsverleger wurde und zu Springer weiter Kontakt hielt.²⁶

Wie stark sich Mahnke und unter seiner Beratung Springer als politische Akteure fühlten, zeigt eine Notiz Mahnkes aus dem Oktober 1965 über die „fünf Nahziele“ des Hauses Springer nach Ludwig Erhards gewonnener Bundestagswahl. Erstes Ziel war es, den bisherigen Außenminister „auszuschalten“; ferner sollte die FDP noch weiter geschwächt, dagegen Franz Josef Strauß gestärkt werden; schließlich sollte auf eine Große Koalition – „wenn nicht schon in der ersten dann doch wenigstens in der zweiten Halbzeit der neuen Legislatur“ – hingearbeitet und der „zu erwartende Angriff des Deutschen Gewerkschaftsbundes auf das Wirtschaftssystem der Bundesrepublik“ abgewehrt werden.²⁷

Mahnke unterbreitete Springer politisch-inhaltliche Vorschläge zur Beratung, wie es in einem Ministerium der zuständige Fachreferent tut. Springer war mit Erhard im Gespräch, sogar über Detailfragen wie eine deutsche

²⁵ Vgl. Heinz Barth an Zehrer 29.12.1965 (dort das Zitat); Zehrer an Springer 12.10.1965, in: BArch, NL Zehrer, N 1311, Nr. 27.

²⁶ Vgl. AS-UA, NL Mahnke; *Hans-Peter Schwarz*, Axel Springer. Die Biografie. Berlin 2008, 323–330; *Matthias Weiß*, Journalisten: Worte als Taten, in: Norbert Frei (Hrsg.), *Karrieren im Zwielicht. Hitlers Eliten nach 1945*. Frankfurt am Main 2001, 241–299.

²⁷ Vgl. AS-UA, NL Mahnke, Nr. 1.

Verteidigungskonzeption – Mahnke prognostizierte eine stärker national orientierte deutsche Verteidigungskonzeption innerhalb der NATO²⁸ –, war aber wie schon gesehen zur Unterstützung Erhards nicht bereit, solange der Kanzler an Schröder festhielt.²⁹ Genau dazu wurde Erhard aber durch die Kampagnen Springers und anderer Zeitungen gegen Schröder geradezu gezwungen.

Hintergrund des Streits war die erbittert ausgetragene Kontroverse zwischen Atlantikern und Gaullisten, die sich in der Endphase der Regierung Adenauer entzündet hatte und den Grad der Zusammenarbeit mit dem amerikakritischen französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle betraf.³⁰ Dabei standen sich während dessen Amtszeit in der Union in der Hauptsache politisch konservative Katholiken – an der Spitze Adenauer und Strauß – und liberale Protestanten gegenüber, wenngleich die Protagonisten der Auseinandersetzung die zeitgenössische Zuordnung zu einem der Lager bestritten, ebenso die konfessionelle Färbung des Streits.³¹ Ein offenes Bekenntnis hätte sie auch dem Vorwurf der Einseitigkeit und der innerparteilichen Streitsucht ausgesetzt. Unterstützt wurden die Gaullisten durch ka-

²⁸ Vgl. Mahnke an Springer 18.1.1965, in: AS-UA, NL Mahnke, Nr. 1.

²⁹ Vermerk Kastl 17.3.1966, in: ACDP, 01–483/214–1.

³⁰ Vgl. *Tim Geiger*, Atlantiker gegen Gaullisten. Außenpolitischer Konflikt und innerparteilicher Machtkampf in der CDU/CSU 1958–1969. München 2008; *Eckart Conze*, „Atlantiker“ und „Gaullisten“: eine Kontroverse zur deutschen Außenpolitik aus den 1960er Jahren, in: Ulrich Schlie (Hrsg.), Horst Osterheld und seine Zeit (1919–1998). Weimar 2006, 99–124; *ders.*, Staatsräson und nationale Interessen. Die „Atlantiker-Gaullisten“-Debatte in der westdeutschen Politik- und Gesellschaftsgeschichte der 1960er Jahre, in: Ursula Lehmkuhl/Clemens Wurm/Hubert Zimmermann (Hrsg.), Deutschland, Großbritannien, Amerika. Politik, Gesellschaft und Internationale Geschichte im 20. Jahrhundert. Festschrift für Gustav Schmidt zum 65. Geburtstag. Stuttgart 2003, 197–226; *Hans-Jürgen Grabbe*, Unionsparteien, Sozialdemokratie und Vereinigte Staaten von Amerika 1945–1966. Düsseldorf 1983; *Reiner Marcowitz*, Option für Paris? Unionsparteien, SPD und Charles de Gaulle 1958 bis 1969. München 1996; *Torsten Oppelland*, Enttäuschte Erwartungen: Die amerikanischen Wurzeln des „Atlantiker-Gaullisten-Streits“ innerhalb der Unionsparteien in den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts, in: Jörg Nagler (Hrsg.), Nationale und internationale Perspektiven amerikanischer Politik. Festschrift für Peter Schäfer. Frankfurt am Main 2002, 203–231.

³¹ Vgl. bspw. das Gespräch mit Freiherrn zu Guttenberg in: Frankentpost 21.10.1965. Auch Schröder wies die Zuordnung zu den Atlantikern zurück, vgl. *Gerhard Schröder* im Gespräch mit Meinold Krauss. In Zusammenarbeit mit dem ZDF. Stuttgart/Hamburg 1989. Bisweilen werden derartige, offensichtlich abwiegelnde und beschwichtigende Einschätzungen in der Forschung übernommen, zum Beispiel bei *Franz Eibl*, Politik der Bewegung. Gerhard Schröder als Außenminister 1961–1966. München 2001. Für eine Gesamtbiographie Schröders vgl. *Torsten Oppelland*, Gerhard Schröder (1910–1989). Politik zwischen Staat, Partei und Konfession. Düsseldorf 2002.

tholische Zeitungen wie den damals noch vielbeachteten *Rheinischen Merkur* und die Boulevardzeitung *Neue Bildpost* sowie durch die Springer-Zeitungen, außerdem durch die Illustrierte *Quick*. Die Atlantiker fanden Rückhalt bei *Spiegel*, *Stern*, *Zeit* und der Wochenzeitung *Christ und Welt*. In einem Tagebucheintrag des Adenauer-Intimus Heinrich Krone werden die weltanschaulichen Motive der Unionsgaullisten deutlich: „Das Antikatholische sitzt immer noch im deutschen Volke. Es sind die Schwarzen, die zu Frankreich stehen; die Atlantiker, das sind die freien Geister. Von diesem Geiste steckt auch etwas in den Köpfen von Erhard, Schröder und Hassel.“³² Da Erhard erst als potentiell, dann als tatsächlichem Nachfolger Adenauers Loyalität gebührte, er außerdem außenpolitisch wankelmütig war und versuchte, es allen recht zu machen, und Kai Uwe von Hassel als Verteidigungsminister durch die Starfighter- und Generalskrise stark mit seinen Ressortproblemen beschäftigt war, wurde der forsche und arrogant wirkende Außenminister zum Hauptfeindbild der Unionsgaullisten, die ihrerseits durchaus Probleme mit de Gaulles Sprunghaftigkeit hatten und auch die Bande zu den USA keinesfalls vollständig kappen wollten.

Der Streit um Gerhard Schröder führte zu grotesken medialen Possen. So kürte der *Stern* den Außenminister im Januar 1963 zum „Mann des Jahres“, worauf zwei Jahre später in der Konkurrenzillustrierten *Quick* ein Titel über den „Versager des Jahres. Gerhard Schröder – das Fiasko einer Außenpolitik“ folgte, was so auch schlagzeilenträchtig von der *Bild*, die einen beharrlichen Kampf gegen Schröder führte, aufgenommen wurde. Darauf replizierte wiederum der *Spiegel*.³³ Zum Höhepunkt der Auseinandersetzung führte aber ausgerechnet der unerwartet hohe Wahlsieg Ludwig Erhards bei der Bundestagswahl am 29. September 1965, die „nach allgemeiner Ansicht ein Plebiszit für Ludwig Erhard war“, wie selbst der Erhardkritische *Rheinische Merkur* zugeben mußte.³⁴ Die Unionsgaullisten versuchten nun im Verein mit den Springer-Blättern, dem *Rheinischen Merkur* und der *Neuen Bildpost* mit nahezu allen Mitteln, Schröders Wiedernominierung zum Außenminister zu verhindern. Hinter einem Pamphlet mit dem Titel „Gerhard Schröder oder die deutsche Sicherheit“ vermutete man im Auswärtigen Amt den notorischen Schröder-Gegner P. W. Wenger vom

³² Eintrag Krones vom 21.7.1964, in: *Heinrich Krone*, Tagebücher. Bd. 2: 1961–1966. Bearb. v. Hans-Otto Kleinmann. Düsseldorf 2003, 316.

³³ Vgl. *Quick* 27.3.1965, 38–44; *Bild* 23.3.1965, 1 und letzte S.; *Der Spiegel* 31.3.1965, 29f.

³⁴ So der Chefredakteur des *Rheinischen Merkur* Anton Böhm in seinem Blatt am 22.10.1965, 1.

Rheinischen Merkur. Schröders Pressereferent Kast intervenierte daher beim stellvertretenden Chefredakteur Theo Loch, der zwar von Herausgeber Otto B. Roegele, Chefredakteur Anton Böhm und sich selbst alle Schuld wies, mit Blick auf Wenger aber dann doch ein „ernstes internes Nachspiel“ ankündigte.³⁵

Ein eigenes gaullistisches CSU-Positionspapier zur Außenpolitik konnte von den Atlantikern inhaltlich so pariert werden, daß der um seine Wiederwahl zitternde Erhard sich davon überzeugen ließ, während der einflußreiche CSU-Außenpolitiker Karl Theodor Freiherr zu Guttenberg in der Öffentlichkeit den gegenteiligen Eindruck einer Übereinstimmung Erhards mit dem CSU-Papier vermittelte.³⁶ Der *Rheinische Merkur* hielt dem CSU-Vorstoß zugute, „daß die Unionsfraktion einige Punkte geklärt hat, die für die nächste Regierung entscheidend sein werden: keine Revision des EWG-Vertrags, aber Moratorium bezüglich des Mehrheitsentscheids; neue Initiative mit Paris zu praktischen Lösungen zu kommen; deutsch-französische Zusammenarbeit für eine Reform der NATO; Verzicht auf ostpolitische Abenteuer“³⁷. Gerade der letzte Punkt war gegen die FDP gerichtet, welche bei der Wahl hinter ihren Erwartungen zurückgeblieben war und von ihren Forderungen Abstriche machen mußte. Aus der Union unterstützte deren Fraktionsvorsitzender Rainer Barzel Schröder. Adenauer jedoch, immer noch der Vorsitzende der CDU, und Springer mobilisierten nun gegen Schröder, in Interviews in *Bild* und *Welt am Sonntag* sprach sich der Altkanzler in einem pessimistischen Tonfall gegen die bisherige Außenpolitik aus.³⁸ Und Springers *Berliner Morgenpost* titelte: „Schwere Vorwürfe gegen Minister Schröder“³⁹. Diese waren wahrscheinlich von Guttenberg, der Dossiers mit privaten und politischen Verfehlungen über Schröder angelegt und dem Bundespräsidenten überreicht hatte⁴⁰, munitioniert worden. Nun schrieb er in der *Zeit*, die als Ausweis ihres liberalen Geistes bisweilen auch Gaullisten zu Wort kommen ließ: „Die Horizonte der deutschen Außenpolitik haben sich verdüstert.“ Dabei zielte er auf den amerikafreundlichen Außenminister, wenn er ausführte, „Truppenabzüge aus rein finanziellen Erwägungen, Entnuklearisierung der Verbündeten

³⁵ Vgl. die Aufzeichnung von Kastl für Schröder vom 2.10.1965, in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PA), B 7, Bd. 118.

³⁶ Vgl. CSU-Kampfansage an Schröder, in: Frankenpost 21.10.1965.

³⁷ Vgl. Otto B. Roegele, Wahlkapitulation in Bonn, in: Rheinischer Merkur 15.10.1965, 1.

³⁸ Vgl. Bild 9.10.1965; Welt am Sonntag 10.10.1965, 1f.

³⁹ Berliner Morgenpost 7.10.1965, 1.

⁴⁰ Vgl. BArch, N 1397, Nr. 48, 112–120.

und ähnliche amerikanische Gedanken gehörten leider allzu lange zu jenen Themen, die in Deutschland unter einem Tabu standen.“⁴¹ Adenauer wollte mit Hilfe Heinrich Lübkes Schröders Wiederbestallung verhindern. Ein dramatischer Brief an den Bundespräsidenten vom 19. Oktober gibt Auskunft über seine Motivation: „US ist entschlossen, den Status quo in Europa nicht zu ändern. [...] Wir werden eine Macht zweiten oder dritten <Ranges> und fallen schließlich Rußland anheim. Die neue Ernennung Schröders zum Außenminister wird de Gaulle als einen Faustschlag empfinden. Allein mit Frankreich können wir eine Zukunft haben. Diese Aussichten nimmt uns die Ernennung Schröders. Ich flehe Sie an: Verweigern Sie die Ernennung Schröders. Sie haben das Recht dazu, machen Sie davon Gebrauch!“⁴²

Der Altkanzler schied dann aus Ärger über die sich abzeichnende Kabinettsliste aus der Kommission der CDU für das Regierungsprogramm aus, wovon trotz versuchter Bemäntelung – die Kommission wurde insgesamt verkleinert – auch die Presse erfuhr. Jetzt unterrichtete Adenauer ausgerechnet die *Frankfurter Rundschau*, wohl nicht sein Lieblingsblatt, über seine neuerliche Kritik an Schröder.⁴³ Und *Bild* brachte Adenauers alarmierende Warnung, was bei einem Verbleib Schröders zu befürchten sei: „Es gibt Anzeichen für eine Einkreisung Deutschlands durch die Sowjetunion und Frankreich.“⁴⁴ In der Unionsfraktion drohte man Adenauer darauf mit Abwahl. Des Altkanzlers Attacken wertete P. W. Wenger im *Rheinischen Merkur* aber als Argument gegen Schröder, indem er vor ständigen Querelen in den nächsten Jahren warnte.⁴⁵

Der *Spiegel* warf sich dagegen martialisch mit einer Titelgeschichte „Wird Schröder geopfert?“ und der Artikelüberschrift „Sein Kampf“ (!) für den Außenminister in die Bresche.⁴⁶ Bei Augstein, der als Herausgeber entscheidenden Einfluß auf derart politische Titelgeschichten nahm, spielte für die „hartnäckige Permanenz“⁴⁷ der Parteinahme zugunsten Schröders sicherlich seine liberale, aber auch nationale Haltung mit, in der Augstein sich besser als in einem konservativ-katholischen Gaullismus wiederfand. Da-

⁴¹ Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg, Deutschland-Politik – warum nicht mit de Gaulle, in: *Die Zeit* 7. 10.1966, 3f.

⁴² Adenauer. Die letzten Lebensjahre (wie Anm. 4), Bd. 2, 34.

⁴³ Adenauer wollte Schröder ausbieten, in: *Frankfurter Rundschau* 8.10.1965, 1f.

⁴⁴ Vgl. Friedrich Ludwig Müller, D. Schröder, Adenauer, in: *Bild* 9.10.1965.

⁴⁵ Vgl. Paul W. Wenger, Entmachtung des Präsidenten, in: *Rheinischer Merkur* 15.10.1965, 1.

⁴⁶ Vgl. *Der Spiegel* 6.10.1965, 31–44.

⁴⁷ So ein Leserbriefschreiber, in: *Der Spiegel* 14.4.1965, 5.

neben pflegte Augstein auch ein antifranzösisches Grundressentiment.⁴⁸ Schröders vorsichtige „Politik der Bewegung“ sagte Augstein, der ost- und vor allem deutschlandpolitisch viel weiter gehen wollte⁴⁹, auch mehr zu als das antikommunistische Beharren auf strikter Nichtanerkennung der DDR und auf der Hallstein-Doktrin. Das Nachrichtenmagazin thematisierte insbesondere die scharfe, aus heutiger Sicht der Kompetenzen des Bundespräsidenten vollkommen überzogene Intervention von Lübke gegen Schröders Wiederernennung, während der *Rheinische Merkur* vehement für dessen Rechte bei der Ministerbestellung argumentierte und vor einer „Entmachtung des Präsidenten“ warnte. Gegen die Hamburger Kollegen argumentierte Wenger: „Erhard sollte stutzig werden, wenn ihm ausgerechnet im ‚Spiegel‘ suggeriert wird, er sei blamiert, wenn er einen neuen Außenminister nähme.“⁵⁰ Unterstützt wurde Schröder dagegen auch von der *Zeit*⁵¹, die des Außenministers Politik durch die Umfragen gestützt sah – weitgehend zu Recht, denn im Januar 1965 neigten 50 Prozent der Befragten der atlantischen und 19 Prozent der gaullistischen Position zu. Nach seiner Wiederernennung begrüßten dann 48 Prozent der Befragten, daß Schröder wieder Außenminister geworden war, nur 16 Prozent waren dagegen. Auch gegenüber Gerstenmaier (18 Prozent), Kiesinger (9 Prozent), und zu Guttenberg (3 Prozent) wurde Schröder klar favorisiert (42 Prozent).⁵²

Die Presseattacken zwangen im Verbund mit den kontraproduktiven Intrigen der Unionsgaullisten wie der „Affäre Huyn“, im Kern eine Indiskretion eines gaullistisch gesinnten Beamten des Auswärtigen Amtes, die zu dessen Demissionierung samt parlamentarischem Nachspiel führte⁵³, Er-

⁴⁸ Vgl. *Peter Merseburger*, Rudolf Augstein. Biografie. München 2007, 459f. Der Gaullist Freiherr zu Guttenberg beklagte allerdings just in nämlichem Spiegel mit der Schröder-Titelgeschichte das Teststoppabkommen und den NPT-Vorschlag als Hinwegsetzen der Amerikaner über deutsche Interessen, „Amerika hat deutsche Interessen übergangen“, in: *Der Spiegel* 31.3.1965, 40.

⁴⁹ Was er selbst aber nur sehr wolkig skizzierte, vgl. *Rudolf Augstein*, Wege zu einer neuen Politik. Spiegel-Sonderdruck. Hamburg 1964.

⁵⁰ *Paul W. Wenger*, Entmachtung des Präsidenten, in: *Rheinischer Merkur* 15.10.1965, 1.

⁵¹ *Die Zeit* 15.10.1965, 1 und 8.

⁵² Alle Daten von Allensbach im Auftrag des Bundespresseamtes (BPA), vgl. BArch, B 145, Nr. 4244 und 4243.

⁵³ Vgl. zu dieser Affäre *Geiger*, Atlantiker (wie Anm. 30), 388–395; *Martin Schaad*, Eine „gaullistische“ Inszenierung: Zur Affäre um den Grafen Huyn, in: *Historisch-polit. Mitt.* 8, 2001, 95–111; *Horst Osterheld*, Außenpolitik unter Bundeskanzler Ludwig Erhard 1963–1966. Ein dokumentarischer Bericht aus dem Kanzleramt. Düsseldorf 1992, 251f. und 263; *Ulrich Wirz*, Karl Theodor von und zu Guttenberg und das Zustandekommen der Großen Koalition. Grub am Forst 1997, 390–404. Von den Protagonisten der Affäre vgl. *Karl Theodor Freiherr zu Guttenberg*, Fußnoten. 5. Aufl. Stuttgart 1972, 117–

hard ironischerweise zum Festhalten an Schröder, was auch durch die angeführten demoskopischen Ergebnisse, über welche die Bundesregierung laufend unterrichtet wurde, unterstützt wurde. Wie die *Zeit* zutreffend feststellte, endeten die Versuche der Gaullisten, einen personellen und inhaltlichen Neuanfang in der Außenpolitik zu erzwingen, was bis in amerikanische Zeitungen Widerhall fand⁵⁴, vor allem mit „Adenauers Niederlage“.⁵⁵ Zugleich hatten sich die Politik und Medien entlang der Frontlinien der Atlantiker-Gaullisten-Debatte im Streitfall Schröder lange vor dem Streit um die „Neue Ostpolitik“ polarisiert. Und der Springer-Verlag, der ja intern das Ziel der politischen Beseitigung Schröders ausgegeben hatte, hatte eine Niederlage einstecken müssen. Auch in der Folgezeit gelang es ihm nicht, Schröder zu Fall zu bringen; dies besorgten erst die Amerikaner, ausgerechnet, als sie sich im September 1966 gegenüber Erhards Bitte um Milderung der sich aus der Truppenstationierung ergebenden Zahlungsverpflichtungen taub stellten⁵⁶ und damit indirekt zum Sturz der Regierung Erhard und damit auch des atlantisch gesinnten Außenministers beitrugen.

Auffälligerweise mußte der Springer-Verlag respektive die Mehrheit seiner Kommentatoren auch bei einem weiteren außenpolitischen Thema eine Niederlage just zu dem Zeitpunkt einstecken, als die Diskussion um die scheinbar schrankenlose Macht des Verlages einen Höhepunkt erreichte: in der Debatte um den Atomwaffensperrvertrag. Dieser Streit beerbte die Atlantiker-Gaullisten-Kontroverse, wieder trat Springer im Verbund mit Adenauer, Strauß und anderen Konservativen gegen liberalere und diesmal auch sozialdemokratische Politiker an – und gegen die entspre-

120; *Hans Graf Huyn*, Die Sackgasse. Deutschlands Weg in die Isolierung. Stuttgart 1966, und die Einschätzungen seines Vorgesetzten und Kontrahenten *Paul Frank*, Entschlüsselte Botschaft. Ein Diplomat macht Inventur. Stuttgart 1981, 119–127.

⁵⁴ Vgl. *Anatole Shub*, Foreign Policy Issues Delay Bonn Cabinet, in: *The Washington Post* 4.10.1965, A19.

⁵⁵ Die *Zeit* 15.10.1965, 1. Vgl. außerdem in dieser Ausgabe der *Zeit*: Adenauers Amoklauf, 8; *Rolf Zundel*, Ein Kampf in Bonn, 1; De Gaulle und Schröder, 1. Vgl. zum unionsinternen Ringen nach der Bundestagswahl auch *Geiger*, Atlantiker (wie Anm. 30), 376–387; *Oppeland*, Schröder (wie Anm. 31), 638–656.

⁵⁶ Vgl. Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (AAPD) 1964. Hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amtes v. Institut für Zeitgeschichte. Bearb. v. *Wolfgang Hölscher*/*Daniel Kosthorst*. Wissenschaftlicher Leiter *Rainer A. Blasius*. München 1995, Nr. 298–303, 1242–1268; *The Foreign Relations of the United States (FRUS)*. Johnson Administration. Vol. 15. Ed. by *James E. Miller*. Washington 1999, Nr. 174 u. 176. Die Dokumente der Printausgabe dieser Aktenedition befinden sich vollständig im Netz und werden danach zitiert: <<http://www.state.gov/r/pa/ho/frus/>> (zuletzt abgerufen am 13.10.2009).

chenden Medien. Auch diesmal gab es inhaltliche Überschneidungen der beiden Lager, denn wie die deutschen Gaullisten zum Teil selbst Vorreiter der deutsch-amerikanischen Freundschaft (gewesen) waren, so hatten nun auch Liberale und Sozialdemokraten Bedenken gegen das amerikanisch-sowjetische Vorhaben einer vertraglichen Unterbindung der Proliferation einschließlich umfassender Kontrollen der nuklearen „Habenichtse“.

Seit Atomwaffen entwickelt worden waren, war es das Bestreben der Atommächte gewesen, die Ausbreitung und Weitergabe dieser Waffen und des entsprechenden Know-how zu verhindern. Bewegung kam in die Sache nach der Detonation der ersten chinesischen Atombombe im Oktober 1964. Im Sommer 1965 legten Großbritannien und dann die USA Entwürfe für einen „Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons“ (NPT) vor. Sogleich attackierten Adenauer und die Gaullisten die Verbündeten wegen ihrer Vorstellungen hart. Adenauer sagte am 19. August 1965: „Das, was sich in Genf abspielt, ist eine Tragödie für uns Deutsche. – Der amerikanische Plan ist so ungeheuerlich, so schrecklich, daß Europa damit den Russen überantwortet wird, auf die Dauer gesehen. – Ich hoffe, daß sich niemals eine solche Regierung findet, die einem solchen Vertrag, wie er von den Amerikanern vorgeschlagen wurde, beitrifft. – Eine grauenvolle, gefährliche, grundfalsche Theorie. – Das haben wir und das hat Europa bei Gott nicht verdient. Wenn dieser Vertrag zustande kommt, ist die NATO erledigt. – Abrüstung statt Atomklub muß die Parole sein.“⁵⁷

Und der *Rheinische Merkur* gab die Parole aus: „Keine Feigheit vor dem Freund“⁵⁸. Der gewöhnlich gut informierte Mahnke gab die Einschätzung des Auswärtigen Amts zu Adenauers Attacken wie folgt wieder: „Die tiefere Ursache für die Adenauer-Angriffe sieht man im AA in der Unmöglichkeit, der deutschen Öffentlichkeit heute noch de Gaulle als besonders lobenswert hinstellen zu können. Adenauer gehe den umgekehrten Weg: Er prügle de Gaulle’s Gegner, die USA, im Übrigen habe er natürlich Schröder und Erhard im Auge gehabt.“⁵⁹

Die Debatte war also zu diesem Zeitpunkt noch ganz von der Atlantiker-Gaullisten-Kontroverse um Schröder bestimmt. Auch Strauß polemisierte offen gegen den von ihm so genannten „Sperrvertrag“.⁶⁰ In einem langen

⁵⁷ Dokumentation zur Abrüstung und Sicherheit (DAS). Bd. 3: 1964–1965. Zusammenge stellt v. *Heinrich Sieglar*. Bonn/Wien/Zürich 1967, 277.

⁵⁸ *Franz Herre*, Keine Feigheit vor dem Freund, in: *Rheinischer Merkur* 15.10.1965, 1.

⁵⁹ Informationsbericht Bonn Nr. 6 vom 25.8.1965, 3, in: AS-UA, NL Mahnke, Nr. 1.

⁶⁰ Vgl. *Franz Josef Strauß*, Das Genfer Schelmenspiel, in: *Rheinischer Merkur* 27.8.1965, 4.

Gespräch mit Springers persönlichem Assistenten Adam Vollhardt befürwortete er zunächst eine „Großmacht Europa“ mit Atomwaffen. Erst dann könne man einen Atomsperrvertrag unterzeichnen. Eine amerikanische Garantie reiche für die Unterzeichnung des NPT nicht aus. Zudem forderte Strauß höhere Raketenreichweiten als die bestehenden, welche die Sowjetunion bedrohten und damit abschreckend wirkten. Im Auswärtigen Amt hielt man solche europäischen Großmachtträume für eine Utopie. Auch dort war man sich des Problems der Raketenreichweite aber bewußt.⁶¹

Nachdem US-Präsident Lyndon B. Johnson unter Einfluß seines früheren Pressesprechers Bill Moyers, der ihn nun außenpolitisch beriet, von der Relevanz des NPT für den Wahlkampf überzeugt worden war, widmete sich der Präsident im Sommer 1966 verstärkt dem Thema. Auf Widerstände im State Department und der dann von Frankreich und den USA atomar desavouierten Bundesrepublik war er dabei von Moyers schon hingewiesen worden.⁶² Am 10. Oktober 1965, beim Besuch des sowjetischen Außenministers Andrej Gromyko in Washington, kam es dann zu einer grundsätzlichen Einigung der Amerikaner mit den Sowjets.⁶³ Wesentliche Störfaktoren für die Detailverhandlungen waren nun die bundesdeutschen Interessen. Diese kreisten im Laufe der Debatte um vier Punkte: Erstens wollte man eine europäische Atomwaffenoption bei einem Zusammenschluß der EWG-Staaten offen halten. Zweitens wollte man weiterhin ungehindert am zivilen atomaren Fortschritt partizipieren, schließlich galt die Atomkraft damals lagerübergreifend als entscheidende Zukunftstechnologie. Drittens wollte man vor Erpressungsversuchen der Atommächte, allen voran der Sowjetunion, die explizit an den UN-Feindstaatenklauseln festhielt, geschützt sein, und viertens sollte das Proliferationsverbot von einer allgemeinen Abrüstung, gerade der Atommächte, begleitet werden. Diese Punkte wurden auch von Brandt, teilweise verklausuliert, in den Verhandlungen und vor dem Bundestag genannt.⁶⁴ Über das deutsche Mißfallen

⁶¹ Vgl. Vollhardt an Springer 9.12.1965, in: BArch, NL Zehrer, N 1311 Nr. 27.

⁶² Vgl. *Christoph Hoppe*, Zwischen Teilhabe und Mitsprache: Die Nuklearfrage in der Allianzpolitik 1959–1966. Baden-Baden 1993, 342f.

⁶³ Vgl. FRUS 1964–1968. Vol. 11. Ed. by *Evans Gerakas/David S. Patterson/Carolyn B. Yee*. Washington 1997, Nr. 157.

⁶⁴ Vgl. ebd. Nr. 180; AAPD 1967. Hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amts v. Institut für Zeitgeschichte. Bearb. v. *Ilse Dorothee Pautsch/Jürgen Klöckler/Matthias Peter/Harald Rosenbach*. Wissenschaftlicher Leiter *Rainer A. Blasius*. München 1998, Nr. 48, 249–256, und Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (Bulletin) 28.4.1967, 377–381.

war man sich in Washington schon im Oktober 1966 im Klaren: „When the President asked what the Germans will think, [Verteidigungsminister] McNamara said that they will grumble.“⁶⁵

Der Polemik gegen die von den Sowjets als entscheidendes Ziel angesehene und auch von den Amerikanern gewünschte Beteiligung der Deutschen am NPT gewann schon bald nach Bildung der Großen Koalition an Schärfe. Springer hatte Strauß seine Unterstützung in dieser Frage im Februar 1967 persönlich zugesichert.⁶⁶ Dabei muß man bei dieser mit anti-amerikanischen Untertönen geführten Kampagne bedenken, daß Springer zwar grundsätzlich für das Bündnis mit den USA eintrat und diese auch gegen linke Kritik verteidigte, auf der anderen Seite jedoch die amerikanische Politik harsch kritisieren konnte, sofern sie deutschen Interessen zuwiderlief.⁶⁷ Und nun schien der NPT eine europäische Atommacht zu verhindern, die Springer als einen Schritt zur Wiedervereinigung ansah, für die er dann offenbar auch auf die Anwesenheit amerikanischer Truppen zu verzichten bereit war, wie er dem amerikanischen Botschafter McGhee darlegte.⁶⁸ Im Februar 1967 konstatierte nun der *Spiegel* angesichts der gehäuften Schlagzeilen von *Bild* wie „Bonn ist nicht mehr die Stimme Amerikas“ (10.2.1967), „Wir wollen kein Volk von Bettlern werden!“ (13.2.1967) oder „Sie befehlen und wir...“ (20.2.1967) und von anderen (Springer-)Zeitungen über die laufenden NPT-Diskussionen: „Innerhalb von vier Wochen eskalierte sich die öffentliche Meinung unter Führung der Springer-Presse in eine Atomsperr-Hysterie [...]“.⁶⁹ Sebastian Haffner fühlte sich gar an „Kampagnen unter Goebbels“ erinnert, eine sachliche Diskussion sei nach dieser konzertierten Aktion gegen den NPT nicht mehr möglich.⁷⁰ Auf der Seite der Gegner des NPT standen neben Springer und Strauß, Adenauer, Verteidigungsminister Schröder, Wissenschaftsminister Gerhard Stoltenberg, NATO-Botschafter Wilhelm Grewe und Teile der

⁶⁵ Vgl. Memorandum from the Assistant Secretary of Defense for International Security Affairs (McNaughton) to Secretary of Defense McNamara, in: FRUS 1964–1968, Vol. 11 (wie Anm. 63), Nr. 162, Zitat Anm. 4.

⁶⁶ Vgl. *Der Spiegel* 27.2.1967, 21.

⁶⁷ Dies illustrieren zwei Bild-Schlagzeilen, einmal zum Mauerbau: „DER Westen tut NICHTS. Präsident Kennedy schweigt“, in: *Bild* 16.8.1961, 1. Das andere Mal zum geforderten deutschen Beitrag für den Vietnamkrieg: „No, Sir!“, in: *Bild* 23.3.1965, 1. Diese Schlagzeile war just unter dem Artikel gegen den US-freundlichen Schröder („Versager des Jahres“) plaziert.

⁶⁸ Vgl. *George McGhee*, Botschafter in Deutschland 1963–1968. Esslingen/München 1989, 252f.

⁶⁹ *Der Spiegel* 27.2.1967, 17.

⁷⁰ *Sebastian Haffner*, Falscher Ehrgeiz, in: *Stern* 5.3.1967, 156f.

Unions-Fraktion. Auf der Seite der Befürworter einer deutschen Unterschrift fanden sich Außenminister Brandt und die SPD, Augstein mit dem *Spiegel* und vorsichtig die *Zeit*. Kanzler Kiesinger lavierte zwischen den Lagern, er konnte den Streit zunächst einmal im Kabinett und vor der Unions-Fraktion deeskalieren. Auch Brandt stand dem NPT nicht kritiklos gegenüber. Herbert Wehner äußerte sich hinsichtlich der Diskriminierung der Bundesrepublik durch den NPT bisweilen fast so wie Strauß, der Verteidigungspolitiker Helmut Schmidt ventilerte immer wieder Bedenken.⁷¹ In der Protestbewegung spielte der NPT dagegen eine untergeordnete Rolle. 1965 hatten immerhin 100 000 Menschen eine Resolution gegen die damals noch anvisierte transnationale Atomflotte, die Multilateral Force (MLF), unterzeichnet. Bei den Ostermärschen besaß die Befürwortung des NPT eine gewisse Bedeutung, für die Studentenbewegung, wo zudem wie bei Rudi Dutschke die zivile Atomkraft einen progressiven Stellenwert besaß, hatte er jedoch keine große Relevanz.⁷²

Hintergrund der Debatte um den NPT war die befürchtete Einigung der Supermächte auf deutsche Kosten.⁷³ In der *FAZ*, die einen maßvollen Kurs zum NPT verfolgte, wies Bruno Dechamps gleichwohl auf den Zäsurcharakter des NPT hin, der „das riesige Machtgefälle zwischen den Atom-mächten und den atomaren Habenichtsen“ – der *FAZ*-Mitherausgeber sprach auch von „nichtnuklearen Hintersassen“ – auf Dauer festlege. Die „Atomkartell-Bestrebungen“ markierten eine Erosion der Bündnisse, seien „Dynamit“ in den Allianzen. Gleichwohl warnte Dechamps vor deutschem Atomehrgeiz, auch unter europäischem Vorzeichen. Und Jürgen Tern mahnte im selben Blatt zu einem einheitlichen Auftreten der Bundesregierung, um nicht die angestrebten Modifikationen am Vertrag zu gefährden.⁷⁴

Allerdings wurde der Streit auch zwischen Mitgliedern der Bundesregierung durchaus öffentlich geführt. Im Februar 1967 hatte Brandt in Washington und New York den Amerikanern Entgegenkommen signalisiert, aber noch Vorbehalte im Hinblick auf eine mögliche atomare Erpressung und die Behinderung der friedlichen Nutzung der Atomenergie vorgebracht. Der amerikanische Leiter der Abrüstungsbehörde und NPT-Unter-

⁷¹ Vgl. *Matthias Kuntzel*, Bonn und die Bombe. Deutsche Atomwaffenpolitik von Adenauer bis Brandt. Frankfurt am Main/New York 1992, 122–126, 159.

⁷² Vgl. ebd. 131f.

⁷³ Vgl. Bonn. Atom-Sperrvertrag. Schlag der Trommeln, und Interview mit Wissenschaftsminister Dr. Gerhard Stoltenberg, beides in: *Der Spiegel* 27.2.1967, 17–30 und 40.

⁷⁴ *Bruno Dechamps*, Gefährliche Sicherung; *Jürgen Tern*, Zusammenhalt, beide in: *FAZ* 18.2.1967, 1.

händler William C. Foster hatte Brandt eine Note zur amerikanischen Auslegung des NPT zugesagt, die, an die Bundesregierung gerichtet, auch die Sowjets zur Kenntnis gebracht bekämen.⁷⁵ Gleichzeitig wetterte Strauß jedoch beim politischen Aschermittwoch der CSU in Vilshofen gegen den NPT, und Wissenschaftsminister Stoltenberg äußerte sich im ZDF kritisch.⁷⁶ Am 17.2.1967 verständigte sich die Bundesregierung in Abwesenheit von Strauß, ermuntert durch Brandts US-Gespräche, darauf, bei prinzipieller Bejahung des NPT bei den USA und den anderen „Have Nots“ auf Änderungen zu dringen. Nachdem die Aufregung um den NPT nach Unterrichtung des Kabinetts und des Außenpolitischen Arbeitskreises der Unionsfraktion durch Brandt über seine Gespräche in den USA schon abzuklingen schien und dies durch Regierungssprecher von Hase beinahe zu deutlich kommuniziert worden war⁷⁷, veröffentlichte die *Bild am Sonntag*, die wie gesehen mit dem Schwesterblatt *Bild* die Fronde gegen den NPT anführte, am 19.2.1967 einen Teilentwurf des Vertrages. Es fehlte der wichtige und strittige Art. 3 über die Kontrolle der zivilen Nutzung der Atomenergie. Aber auch das übrige Vertragswerk wurde von der *Bild am Sonntag* mit den Schlagzeilen versehen: „Soll damit die deutsche Industrie an die Kette gelegt werden?“ und „Das Diktat der Atomgiganten“⁷⁸. Der Entwurf wurde nun vielfach nachgedruckt⁷⁹, die Authentizität wurde von Brandt zwar nicht bestätigt, die inhaltlichen Aussagen wurden jedoch auch nicht dementiert. Besonders erregte die Tatsache, daß jede Form der nuklearen Teilhabe untersagt werden, allein die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) weitgehende Kontrollrechte haben und der Vertrag unbegrenzt gültig sein sollte.⁸⁰ Von Hase stellte einen Tag später klar, daß die Bundesregierung grundsätzlich die Bemühungen gegen eine Ausbreitung des Atombesitzes begrüße, sich aber nicht unter Druck setzen lasse, auch nicht unter Zeitdruck. Sie begrüße auch die öffentliche Diskussion.⁸¹

⁷⁵ Vgl. FRUS 1964–1968, Vol. 11 (wie Anm. 63), Nr. 180; AAPD 1967 (wie Anm. 64), Nr. 48, 249–256.

⁷⁶ Vgl. Auszüge aus der „Zeittafel Bundeskanzler Kiesinger“ zum Thema „Atomsperrvertrag“, in: ACDP, 01–226.

⁷⁷ Vgl. Bonner Besorgnisse über den Atomsperrvertrag gemindert, in: FAZ 18.2.1967, 2.

⁷⁸ Vgl. Titelseite und *Friedrich Ludwig Müller/Martin Klaus Keune*, Das Diktat der Atom-Giganten, in: *Bild am Sonntag* 19.2.1967, 2.

⁷⁹ Atomvertrag von unbegrenzter Gültigkeit, in: FAZ 20.2.1967, 4; *Der Spiegel* 27.2.1967, 27, jetzt mit einem Entwurf für Artikel 3.

⁸⁰ Vgl. *Helga Haftendorn*, Abrüstungs- und Entspannungspolitik zwischen Sicherheitsbefriedigung und Friedenssicherung. Zur Außenpolitik der BRD 1955–1973. Düsseldorf 1974, 161 mit Anm. 309; *dies.*, Kernwaffen und die Glaubwürdigkeit der Allianz. Die NATO-Krise von 1966/67. Baden-Baden 1994, 155.

Die Diskussion unter den Politikern brach auch, wohl in stärkerem Ausmaß als vom Regierungssprecher gewünscht, sofort wieder los, angeführt vom Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses Friedrich Zimmermann (CSU), der durch den NPT auch ein Raketenabwehrsystem verunmöglicht sah, und natürlich unter Beteiligung von Strauß.⁸² Auch die *Bild am Sonntag* legte nach und vermittelte den Eindruck, daß es sich beim NPT um einen Komplott der Supermächte gegen die „nuklearen Habenichtse“ Japan, Israel, Schweden, Indien und Deutschland handle, deren Forschung – anders als die der Atommächte – kontrolliert und behindert werden sollte.⁸³

Wie ernst es der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß, frisch als Finanzminister in die Bundesregierung zurückgekehrt, wirklich meinte, geht aus einem persönlichen Schreiben an Kiesinger vom 15. Februar 1967 hervor. Strauß stellte unmißverständlich klar, daß er dem NPT nicht zustimmen werde, „weder aus Furcht vor der ‚Weltmeinung‘ noch unter dem Druck der amerikanischen Erpressung“, da dann „Deutschland endgültig zum geteilten Objekt eines Superkartells der Weltmächte“ werde, eine europäische Einigung und der Bündnisgeist der NATO zerstört werde. Strauß drohte mit Konsequenzen: „Aus Gründen der Ehrlichkeit sage ich im voraus, daß ich auf keinen Fall hier einem unter weiß Gott welchen Bedingungen zustande gekommenen Kabinettsbeschuß (,wir können ja doch nicht anders‘) mich beugen würde. Ich werde gegen das Ja zu diesem Vertrag zunächst innerhalb der gegebenen Gremien, dann aber auch in der Öffentlichkeit mit letztem Nachdruck kämpfen. Hier ist für mich und für viele andere die Grenze dessen erreicht, was man Gewissen nennt. Hier endet Opportunismus und Taktik, hier beginnt der Bereich der letzten Verantwortung.“⁸⁴

Der Verweis auf die Öffentlichkeit besaß plebiszitären Kampfcharakter, er erscheint bei Strauß als eine letzte, außerordentliche, vom Gewissen geforderte Notstandsmaßnahme. Es genügte aber erst einmal, daß die Drohung mit der Öffentlichkeit in die Öffentlichkeit drang.⁸⁵ Sie zeigte trotz nachträglicher Beschwichtigungen von Strauß insofern Wirkung, als Kiesinger sowohl gegenüber Brandt als auch in der Öffentlichkeit einen schärferen Kurs gegenüber den Amerikanern fuhr.⁸⁶ Der Druck auf den Kanzler

⁸¹ Bulletin (wie Anm. 64), 22.2.1967, 145.

⁸² Vgl. Die Opposition gegen den Sperrvertrag lautstärker, in: FAZ 20.2.1967, 1.

⁸³ Vgl. „Atomkontrolle ist Schwindel“, in: Bild am Sonntag 26.2.1967, 2.

⁸⁴ Strauß an Kiesinger 15.2.1967, in: ACDP, 01–226–285.

⁸⁵ Vgl. FAZ 18.2.1967, 1; Der Spiegel 27.2.1967, 29.

⁸⁶ Vgl. Kiesingers Drängen auf Befristung des NPT in seinem Schreiben an Brandt 24.4.1967, in: ACDP, 01–226–001.

wurde weiter verschärft durch die briefliche und öffentliche Kritik Adenauers. Der Altkanzler war ein mindestens ebenso erbitterter Kritiker des NPT wie Strauß, er hatte sich ja schon 1965 in einer drastischen Wortwahl kritisch zum NPT geäußert.⁸⁷ Auch jetzt schoß er scharf. Im Ateneo in Madrid – Adenauer befand sich auf seiner letzten Auslandsreise – präsentierte er am 16. Februar 1967 seine Theorie des Gentlemen's Agreement der Supermächte: „Das bedeutet also eine Herrschaft der sogenannten nuklearen Staaten über die ganze Welt, und zwar auch über die Wirtschaft der übrigen Welt. Wenn man sich vor Augen hält, daß nach der wohlbegründeten Ansicht der europäischen Wissenschaftler nach einigen Jahren, etwa nach zehn Jahren, elektrischer Strom durch Atomkraft zu einem Drittel der Kosten hergestellt werden kann, zu dem der elektrische Strom unter Verwendung von Kohle oder Öl herzustellen ist, so wird klar, daß hier beabsichtigt ist, die Herrschaft der sogenannten nuklearen Staaten über alle anderen Staaten dieser Welt aufzurichten.“⁸⁸

Auf einer Pressekonferenz am nächsten Tag verschärfte Adenauer noch einmal seine Kritik. Der NPT sei ein „neuer Morgenthau-Plan, nur in unendlich verbesserter, besser gesagt, verteufelter Auflage, in dem man die Länder, nicht Deutschland jetzt allein, sondern eine ganze Anzahl von Ländern ausschließen will von den Fortschritten der Wissenschaft bei der Produktion von Gebrauchsgütern.“⁸⁹ Henry Morgenthau war soeben, am 6. Februar 1967, gestorben und rückte daher wieder in das Blickfeld der Öffentlichkeit. Stichwortgeber war der konservative *Welt am Sonntag*-Kolumnist Hans Georg von Studnitz gewesen, der die Morgenthau-Anspielung in die Debatte geworfen hatte.⁹⁰ Adenauers Polemik war nun wegen ihres Antiamerikanismus selbst dem nicht gerade zimperlichen *Welt am Sonntag*-Kolumnisten William S. Schlamme, ebenfalls ein NPT-Gegner, zuviel, der von einer „giftige[n] Metapher“ schrieb.⁹¹ Und Kiesinger ließ zu

⁸⁷ Vgl. DAS, Bd. 3: 1964–1965 (wie Anm. 57), 277.

⁸⁸ *Konrad Adenauer*, Reden 1917–1967. Eine Auswahl. Hrsg. v. Hans-Peter Schwarz. Stuttgart 1975, 484–491, hier 491. P. W. Wenger lobte Adenauers Spanien-Reise als Beitrag zur Erweiterung der Perspektiven der NATO und EWG, in beiden Bündnissen war Spanien ja nicht dabei, vgl. Eckpfeiler Spanien, in: Rheinischer Merkur 24.2.1967, 1f.

⁸⁹ Adenauer. Die letzten Lebensjahre (wie Anm. 4), Bd. 2, 377.

⁹⁰ *Hans-Georg von Studnitz*, Morgenthau's Geist?, in: *Welt am Sonntag* 12.2.1967, 2.

⁹¹ *William S. Schlamme*, Und wieder Morgenthau, in: *Welt am Sonntag* 26.2.1967. Zu Schlamme vgl. *Marcus Payk*, Antikommunistische Mobilisierung und konservative Revolte. William S. Schlamme, Winfried Martini und der „Kalte Bürgerkrieg“ in der westdeutschen Publizistik der späten 1950er Jahre, in: Thomas Lindenberger (Hrsg.), Massenmedien im Kalten Krieg. Akteure, Bilder, Resonanzen. Köln 2006, 111–137; *Susanne Peters*, Zwischen Ideologie und Demagogie. William S. Schlamme und die Qual des Frie-

Adenauers Polemik in der *Welt* verlauten: „In keinem Land, bemängelte der Kanzler, habe eine so aufgeregte Diskussion über den Atomsperrvertrag stattgefunden wie bei uns. Die Äußerungen Konrad Adenauers zu dem Thema bezog er in die Kritik ausdrücklich ein.“⁹² Der Altkanzler beschwerte sich daraufhin am 27. Februar bei Kiesinger. Er drohte mit Gegenkritik, obwohl gegenseitige öffentliche Kritik nicht gut sei. Er mache sich „ernste Sorgen wegen der flauen Haltung Ihrer Regierung und Ihrer selbst, die Sie gegenüber der US und SU in dieser lebenswichtigen Frage einnehmen. Wenn Sie und Ihre Regierung und die von dieser beeinflusste Presse, Funk und Fernsehen eine solch euphoristische [sic!] Sprache haben, wird Ihre Stimme kein Gehör finden. [...] Auch das, was wir unter der Kanzlerschaft Erhards erlebt haben, bestätigt diese meine Meinung.“⁹³ Zur Stützung seiner Argumente legte Adenauer einen – natürlich kurzen – Artikel aus dem *Rheinischen Merkur* bei, der das NPT-Kontrollregime als amerikanische Erfindung zur „weitgehenden Kontrolle des Welthandels mit Kernbrennstoffen“ zu entlarven trachtete.⁹⁴ Kiesinger antwortete Adenauer umgehend, seine Sprache sei nicht flau oder euphoristisch, sondern nur maßvoll. Ansonsten seien seine Sorgen nicht geringer als die Adenauers, gegenseitige öffentliche Kritik solle man vermeiden.⁹⁵

Am Tag des Adenauer-Briefes brachte der *Spiegel* den Titel „Atomsperrvertrag: ‚Ein neues Versailles?‘“ Damit spielte das Nachrichtenmagazin auf ein Strauß-Zitat an, das dieser beim Empfang des britischen Premierminister Harold Wilson im Palais Schaumburg über den NPT geäußert hatte: „Das ist ein neues Versailles, und zwar eines von kosmischen Ausmaßen.“⁹⁶ Damit wiederholte Strauß eine schon 1965 gegebene Einschätzung.⁹⁷ Im Interview derselben *Spiegel*-Ausgabe sprach auch Adenauer erneut vom NPT als einem „Morgenthau-Plan im Quadrat“.⁹⁸ Und auch die an selber Stelle abgedruckten Schlagzeilen von *Bild*, *Bayern-Kurier* und

dens, in: Frank-Lothar Kroll (Hrsg.), *Die kupierte Alternative. Konservatismus in Deutschland nach 1945*. Berlin 2005, 299–322.

⁹² Kiesinger rät zu „maßvoller Diskussion“, in: *Die Welt* 25.2.67.

⁹³ Adenauer an Kiesinger 27.2.1967, in: ACDP, 01–226–001.

⁹⁴ Vgl. *Alfred Frisch*, Amerikas Kulissenspiel, in: *Rheinischer Merkur* 24.2.1967, 7.

⁹⁵ Kiesinger an Adenauer 28.2.1967, in: ACDP, 01–226–001.

⁹⁶ *Der Spiegel* 27.2.1967, Titel und 18.

⁹⁷ Weiland hatte Strauß vor einer „Art ‚militärisches Versailles‘“ gewarnt und einen Verzicht auf eine nationale Atomwaffen-Kontrolle nur im Gegenzug zu einer europäischen Atommacht zugestanden. Vgl. *Franz Josef Strauß*, Das Genfer Schelmen-Spiel, in: *Rheinischer Merkur* 27.8.1965, 4.

⁹⁸ Interview mit Adenauer in: *Der Spiegel* 27.2.1967, 21.

anderen Zeitungen stießen ins gleiche Horn, was allen geharnischte Rüffel Augsteins und in der Titelgeschichte einbrachte.⁹⁹

Nach all der NPT- und USA-Kritik fühlte auch Kiesinger sich gedrängt, etwas zum Thema zu sagen. Vor dem Landesparteitag der CDU-Rheinland hatte er bereits am 11. Februar „unter starkem Beifall“ Ministerpräsident Kossygin's Aussage scharf zurückgewiesen, Bonn werde den NPT unterschreiben, ob es wolle oder nicht: „Zur Unterschrift unter einen solchen Vertrag zwingt uns niemand als unsere eigene Einsicht und unser Gewissen.“¹⁰⁰ In der Bonner Beethovenhalle teilte Kiesinger nun am 27. Februar 1967, dem Erscheinungstag des *Spiegel* mit der gesammelten NPT-Kritik und dem Tag des Eingangs von Adenauers Brandbrief¹⁰¹, vor dem Verein der Union-Presse – einem Zusammenschluß unabhängiger, unionsnaher Tageszeitungen – in Richtung der verbündeten Supermacht aus. Er tat der Erwartungshaltung von Adenauer, Strauß und der Springer-Zeitungen Genüge und sprach von einer Form „des atomaren Komplimentums“, welche die USA und die Sowjetunion zusammenzwinge. Im deutsch-amerikanischen Dialog werde dagegen nur noch über Streit gesprochen. Kiesinger ärgerte vor allem die Form der Aushandlung des NPT, welche die Bundesrepublik vor vollendete Tatsachen stellte. Zukünftig werde die Bundesregierung auf einer umfassenden Beratung bestehen.¹⁰² Den Begriff „atomare ‚Komplizenschaft‘“ hatte fünf Jahre zuvor der Militärkorrespondent der *FAZ*, Adelbert Weinstein, geprägt, auch hier hatte also für die verbale Eskalation ein Journalist die Vorlage gegeben.¹⁰³ Da Brandt gerade in Washington intensiv über den NPT gesprochen hatte und eine bilaterale Expertenkommission anberaumt worden war, ist Kiesingers öffentliche Kritik nur vor dem Hintergrund der öffentlichen Diskussion an der „Heimatfront“ zu verstehen: Anders als sein Vorgänger Erhard wollte der neue Kanzler nicht als naiver Erfüllungsgehilfe der Amerikaner erscheinen. In diesem

⁹⁹ Vgl. *Rudolf Augstein*, Das Schanddiktat, in: *Der Spiegel* 27.2.1967, 18, die Titelgeschichte mit den Pressestimmen ebd. 17–30.

¹⁰⁰ Zit. nach *Welt* am Sonntag 12.2.1967, 1.

¹⁰¹ Adenauers Brief war offensichtlich am Tag des Briefdatums überbracht worden. *Dirk Kroegel*, Einen Anfang finden! Kurt Georg Kiesinger in der Außen- und Deutschlandpolitik der Großen Koalition. München 1996, 109–112, schmückt den Briefwechsel (quellenmäßig nicht nachgewiesen) stark aus. Daß Adenauers Brief Kiesinger sehr verstörte, ist aber allein aus dem Antwortschreiben und der anschließenden Rede erkennbar.

¹⁰² Vgl. die Rede vor dem Verein der Union-Presse, Bonn, am 27. 2. 1967, in: *Kurt Georg Kiesinger*, Die Große Koalition 1966–1969. Reden und Erklärungen des Bundeskanzlers. Hrsg. v. Dieter Oberndörfer. Stuttgart 1979, 36–38.

¹⁰³ *Adelbert Weinstein*, Für eine gemeinsame Atompolitik, in: *FAZ* 25.1.1962, 1.

Zusammenhang muß man auch immer bedenken, daß die strikte NPT-Gegnerin NPD bereits erste Erfolge in Hessen (7,9 Prozent) und in Bayern (7,4 Prozent) im vorangegangenen Oktober gefeiert hatte. Durch die Opposition der CSU gegen den NPT wie auch gegen die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie hatte die NPD, in deren Wählerschaft die Ablehnung des NPT am höchsten war¹⁰⁴, dann im Bundestagswahlkampf 1969 kein aktuelles außenpolitisches Alleinstellungsmerkmal mehr.¹⁰⁵

In Genf, bei der Abrüstungskonferenz, und in Washington zeigten sich die amerikanischen Diplomaten verwundert und irritiert über Kiesingers Rede, führten sie jedoch vor allem auf den unionsinternen Streit zurück.¹⁰⁶ *Süddeutsche*-Reporter Hans Ulrich Kempfski berichtete schon kurz zuvor in einer großen Reportage einerseits vom totalen Unverständnis der Politiker und Journalisten für den offenen Bonner Feldzug gegen den NPT, beschrieb seinen Eindruck der Unterhändler der Supermächte Foster und Roschtschin aber selbst mit Begriffen wie „Spießgesellen“, „Komplicen“ und „Kumpagnei“. Auch sonst war seine Reportage nicht dazu angetan, deutsche Sorgen zu vertreiben. So weckte seine Schilderung der Behandlung der deutschen Delegation am Katzentisch – die Bundesregierung war ja kein UN- und daher auch kein Mitglied der Abrüstungskonferenz – Erinnerungen an die Behandlung der deutschen Delegation bei der Versailler Friedenskonferenz 1919. Kempfski rief noch einmal die Abwendung Johnsons von den Deutschen zugunsten der Sowjets in Erinnerung, den NPT als Ersatz für die multilaterale Atomflotte. Als übereinstimmende Auffassung gab er aus: „Nonproliferation ist den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion die globale Formel für die Zementierung ihrer Weltherrschaft.“¹⁰⁷ Der SZ-Leser, der dann noch Kempfskis Satz „Botschafter Roschtschin hat bereits verlauten lassen, daß er für die Westdeutschen nicht zu sprechen ist“, las, mußte Kiesingers Komplizenschafts-Rede dann wohl eher zustimmen.

Der amerikanische Außenminister Dean Rusk reagierte intern eher ruhig und sachlich auf ebendiese Rede, er sah die deutsche NPT-Aufregung genauso wie McGhee vor allem emotional grundiert, wofür Rusk die deutsche Presse verantwortlich machte. Aber er empfahl kein unmittelbares

¹⁰⁴ Vgl. die Allensbachumfrage aus dem September 1968 für das BPA in: BArch, B 145, Nr. 4256.

¹⁰⁵ NPD-Chef Adolf von Thadden verkaufte dies im großen Spiegel-Gespräch als „Übereinstimmung über die Parteigrenzen hinaus“, in: Der Spiegel 26.5.1969, 36–41, Zitat 39.

¹⁰⁶ Vgl. FAZ 1.3.1967, 1.

¹⁰⁷ Hans Ulrich Kempfski, Habenichtse stehen auf gegen die Atomgiganten, in: Süddeutsche Zeitung 23.2.1967, 3.

Treffen zwischen Johnson und Kiesinger, das ansonsten wie eine Bestellung zum Rapport seitens der Amerikaner aussehe.¹⁰⁸ Johnson reagierte dagegen mit einem Wutanfall gegenüber John McCloy, der als Emissär nach Bonn geschickt wurde, um die amerikanische Mißbilligung auszu-drücken: „Wenn ich einen Dollar für jede Konsultation mit den Deutschen hätte, wäre ich Millionär [...] Ich habe mit den Deutschen mehr konsultiert als mit jedem anderen; die kommen alle sechs Monate hierher zu jedem verdammten Thema, das man sich vorstellen kann; daß er diese Rede gehalten hat, ich würde nicht konsultieren, ist eine verdammte Sauerei.“¹⁰⁹ Auch Kiesinger erinnerte sich, daß Johnson nach seiner Rede „schäumte und [...] tobte“¹¹⁰.

In Deutschland wurde Kiesingers US-Kritik von den *Stuttgarter Nachrichten* als Ausweis der Emanzipation vom „Musterschüler zum mündigen Freund“ begrüßt und den USA in Gestalt ihres Sprechers in Genf, der sich über Kiesinger „ziemlich erstaunt“ gezeigt hatte, gleich noch bedeutet, nicht so empfindlich zu sein. Zugleich wurde an der Freundschaft mit den Amerikanern nicht gerüttelt, das neue Selbstbewußtsein gar als bessere Qualität der Freundschaft gedeutet.¹¹¹ Außenminister Brandt distanzierte sich auf einer Pressekonferenz in Berlin aber deutlich von Adenauer und Strauß und meinte, im Ausland verstehe man nicht, „daß sich manche so präzis geäußert haben, ohne die blasseste Ahnung zu haben von dem wirklichen Inhalt eines solchen Vertrages, wie schwierig die Sache auch sonst sein mag“.¹¹² Der stellvertretende Regierungssprecher Conrad Ahlers, den Kiesinger vom *Spiegel* losgeeist hatte, versuchte, Kiesingers Wort vom Komplizentum als Scherz darzustellen.¹¹³ Auch Kiesinger selbst bemühte sich bei Botschafter McGhee um eine Entschärfung seiner Rede. Der den Deutschen so wohlgesinnte McGhee, der seinem Chef immer wieder deren Seelenlage zu erklären versuchte, hielt diese Zeit gleichwohl für einen Tiefpunkt in den amerikanisch-deutschen Beziehungen, wozu auch die verbreitete Auffassung von der amerikanischen Mitwirkung beim Sturz Erhards geführt habe.¹¹⁴

¹⁰⁸ Telegram from the Department of State to the Embassy in Germany [Rusk], in: FRUS 1964–1968. Vol 15 (wie Anm. 56), Nr. 2002.

¹⁰⁹ Aufzeichnung von Francis Bator, zit. nach *Philipp Gassert*, Kurt Georg Kiesinger, 1904–1988. Kanzler zwischen den Zeiten. München 2006, 547.

¹¹⁰ Vgl. das unveröffentlichte Interview von Rüdiger Löwe mit Kiesinger am 31.1.1978, in: ACPD, 01–226–313, 38.

¹¹¹ *Stuttgarter Nachrichten* 1.3.1967, 2.

¹¹² Brandt auf der „Berliner Pressekonferenz“ vom 9.3.1967, in: PA, B 7, Bd. 135.

¹¹³ Vgl. FAZ 2.3.1967, 4.

Nicht nur viele Politiker und Journalisten, auch die demoskopisch ermittelte öffentliche Meinung war skeptisch gegenüber dem NPT und Amerikas Verhalten in dieser Sache. Im März 1967 wandten sich laut Allensbach 15 Prozent der Befragten strikt gegen die Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages, 39 Prozent wollten ihn nur unter dem damals ja als noch nicht gesichert angesehenen Vorbehalt, daß die deutsche Industrie keinen Schaden erleide, unterzeichnet wissen, 16 Prozent ohne Bedingungen.¹¹⁵ Nach Infas meinte im Sommer 1967 knapp die Hälfte der Befragten, die deutschen Interessen bei der zivilen Atomkraftnutzung würden von den USA nicht gebührend berücksichtigt, 75 Prozent waren daher für eine eigene Atomforschung.¹¹⁶ Im August 1968 votierten 43 Prozent für einen Beitritt der Bundesrepublik zum NPT, nur 35 Prozent fürchteten keine Nachteile daraus. Die Zustimmung sank zum September 1968, nach der Niederschlagung des „Prager Frühlings“, dann dramatisch auf 32 Prozent ab, die Gruppe der strikten Gegner stieg von 16 auf 21 Prozent. Allensbach schlüsselte diese Gruppe dann noch vielfältig auf, die meisten Gegner befanden sich unter FDP- und NPD-Anhängern (29 und 50 Prozent).¹¹⁷ Eine sofortige Unterzeichnung befürworteten im November 1969 dann nur 34 Prozent, genauso viele verlangten weitere Nachbesserungen.¹¹⁸ Es gab also keinen Druck der öffentlichen Meinung in der Bundesrepublik, die eine sofortige Unterzeichnung hätte ratsam erscheinen lassen. Infas resümierte, daß die Bevölkerung nun die amerikanischen Beziehungen skeptischer beurteile und die Sympathie Amerika gegenüber gedämpfter sei als zur „Blütezeit der deutsch-amerikanischen Beziehungen“.¹¹⁹ Diese war jetzt vorüber.

Nachdem es aber bei Adenauers Beerdigung im April 1967 endlich zu einem Zusammentreffen Kiesingers mit Johnson gekommen war, entwickelte sich das Verhältnis langsam zum Besseren, während der Regierungszeit Kiesingers trat die Bundesrepublik dem am 1. Juli 1968 von den Su-

¹¹⁴ Vgl. *McGhee*, Botschafter (wie Anm. 68), 322–325.

¹¹⁵ Vgl. *Noelle/Neumann* (Hrsg.), Jahrbuch 1965–1967 (wie Anm. 11), 205, 300, 427.

¹¹⁶ Vgl. die Zusammenfassung der Infas-Studie „Deutsche Meinungen zur amerikanischen Politik. Einstellungen und Meinungen in der westdeutschen Bevölkerung zu den USA im Sommer 1967“, in: PA, B 1, Bd. 432. Die Studie wurde auf Brandts Wunsch hin auch dem Außenminister im Original vorgelegt, vgl. von Hase an Brandt 4.9.1967, in: ebd.

¹¹⁷ Vgl. die Allensbachumfrage aus dem September 1968 für das BPA in: BArch, B 145, Nr. 4256.

¹¹⁸ Vgl. *Noelle/Neumann* (Hrsg.), Jahrbuch 1968–1973. Bd 5. Allensbach/Bonn 1974, 543.

¹¹⁹ Vgl. die oben angeführte Infas-Zusammenfassung (Anm. 116).

permächten unterzeichneten NPT jedoch nicht mehr bei. Erst kurz nach Bildung der sozialliberalen Koalition, am 28. November 1969, wurde dieser Schritt getan. Die Ratifizierung durch den Deutschen Bundestag erfolgte erst 1974. Der Streit um den NPT wurde in der deutschen Öffentlichkeit nun überspielt durch die neue große, hart geführte Kontroverse um die „Neue Ostpolitik“, die endlich – bei einigen Differenzen innerhalb der Union – klar entlang parteipolitischer Frontlinien ausgerichtet wurde. Politiker und Journalisten bildeten nun verstärkt gemeinsame, engumrissene weltanschaulich-politische Lager: auf der einen Seite Willy Brandt, Egon Bahr, Günter Gaus, Klaus Harpprecht, Henri Nannen, Theo Sommer und Rudolf Augstein, auf der anderen Gerhard Löwenthal, Matthias Walden, Franz Josef Strauß, Karl Theodor Freiherr zu Guttenberg, Werner Marx, Alois Merthes und nicht zuletzt Axel Springer.

III.

Trotz des großen Einsatzes, auch der beiden einzigen nationalen Boulevardzeitungen *Bild* und *Bild am Sonntag*, trotz interner Planungen und genauer Zielvorgaben, trotz Drucks in persönlichen Gesprächen hatte sich das in den sechziger Jahren für nahezu allmächtig gehaltene Haus Springer weder in der Personalie Gerhard Schröder noch in der NPT-Debatte durchgesetzt. Schröder wurde erst aufgrund der Bildung der Großen Koalition als Außenminister ersetzt, der neue Kanzler Kiesinger kam aus der Landespolitik und war an den vorangegangenen Querelen nicht beteiligt gewesen. Schröder blieb aber als Verteidigungsminister in der Regierung. Beinahe wäre er sogar neuer Bundeskanzler geworden, jedenfalls schnitt er besser als seine Konkurrenten Barzel und Hallstein ab, die ebenfalls bei der Abstimmung in der Fraktion kandidiert hatten. Auch der NPT wurde schließlich von der Bundesrepublik unterzeichnet, hier bewirkte die mediale und unionsinterne Auseinandersetzung aber ein Zuwarten, die Öffentlichkeit nahm eine Art suspensives Veto wahr, und die vielfältigen Änderungen, welche die Bundesdeutschen bei den Amerikanern durchsetzen konnten, sind sicherlich auch aufgrund des öffentlichen Drucks auf die deutschen Politiker von diesen so energisch verfolgt worden. Allerdings mußte Springer auch an anderen Fronten Niederlagen hinnehmen, angefangen von den SPD-Mehrheiten in Springer-Hochburgen wie Hamburg und Berlin über die weitgehend erfolglose Opposition gegen die Ostpolitik Willy Brandts bis hin zur ergebnislosen Thematisierung der Wiedervereinigung. Auch den gesellschaftlichen Wertewandel, den Wandlungsprozeß der politischen

Kultur der sechziger und siebziger Jahre konnte Springer nicht aufhalten.¹²⁰

Was kann man aus den ausgebreiteten Beispielen für Folgerungen für das Verhältnis von Medien und Außenpolitik ziehen? Zunächst einmal darf man Springers Politik nicht isoliert sehen, sondern muß ihn, wie hier geschehen, in Kontrast zu anderen mächtigen Verlegern und ihren Produkten setzen, die seinen Zielen entgegenwirkten. Auf der anderen Seite gab es natürlich auch Blätter wie den *Rheinischen Merkur* oder die *Neue Bildpost* und in der NPT-Frage zeitweilig auch die *Süddeutsche Zeitung* und die *Zeit*, welche außenpolitisch ähnliche Ziele wie Springer verfolgten. Einige systemtheoretische Überlegungen sollen darüber hinaus weiterhelfen, die Diskrepanz zwischen Anspruch, Wahrnehmung und tatsächlich nur begrenzter politischer Gestaltungsmacht von medialen Akteuren zu erklären. Trotz Einwänden hinsichtlich der dichten Vernetzung der Massenmedien mit der Gesellschaft geht Niklas Luhmann von einer operativen Schließung des Systems der Massenmedien, die von einer Kontaktunterbrechung zwischen Sender und Empfänger bestimmt werden¹²¹, aus. Dieses System reagiert gemäß seiner Codierung Information (Anschlußfähigkeit)/Nichtinformation¹²² „ständig auf den eigenen Output“¹²³. Luhmann meint nun: „Soweit eine in der Systemtheorie oft vertretene These zutrifft: daß hochmobile Systeme mit rasch variierenden Strukturen besonders geeignet sind, trägere Systeme zu steuern, liegen hier besondere Chancen der Massenmedien. Unbestreitbar hat das Raffinement bei der Festlegung von Realitäten durch die Massenmedien und wohl auch die Effektsicherheit in den letzten Jahrzehnten erheblich zugenommen [...]“¹²⁴ Allerdings sprechen die hier ausgebreiteten Befunde doch eher für die grundlegendere These Luhmanns, daß sich Systeme, die gegenseitig füreinander Umwelt darstellen, zwar irritieren lassen, gleichwohl aber strukturdeterminiert reagieren, das heißt, daß diese Umweltirritationen nach den je eigenen Programmen und Codes der Funktionssysteme verarbeitet werden. Luhmann selbst sagt denn auch: „Ebensowenig läßt sich aber präzisieren, was der Begriff des ‚Steu-

¹²⁰ Vgl. *Gudrun Kruip*, Das „Welt“-„Bild“ des Axel Springer Verlags. Journalismus zwischen westlichen Werten und deutschen Denktraditionen. München 1999, 257–276.

¹²¹ *Niklas Luhmann*, Die Realität der Massenmedien. Wiesbaden 2004, 11.

¹²² „Der Code des Systems der Massenmedien ist die Unterscheidung von Information und Nichtinformation. Mit Information kann das System arbeiten. Information ist also der positive Wert, der Designationswert, mit dem das System die Möglichkeiten seines eigenen Operierens bezeichnet.“ *Luhmann*, Realität (wie Anm. 121), 36f.

¹²³ *Niklas Luhmann*, Die Gesellschaft der Gesellschaft. Frankfurt am Main 2004, 1103.

¹²⁴ Ebd. 1104f.

erns⁴ in diesem Zusammenhang besagt. Man kann nur feststellen, daß die Beschreibungen der Welt und der Gesellschaft mit all ihren Funktionssystemen durch das Funktionssystem der Massenmedien mobilisiert werden [...].¹²⁵ Eine Präzisierung kann man in vorliegendem Kontext vor allem darin sehen, was „Steuern“ offensichtlich *nicht* heißt: Die Medien können die Politik nicht ersetzen, sie können auch nicht eine politische Agenda umsetzen. Dies gilt natürlich auch umgekehrt, Medien sind nur bis zu einem gewissen Grade für die Politik instrumentalisierbar. Gleichwohl wurde beides immer wieder vehement versucht. Denn in der Beobachtung des Beobachters Axel Springer wie auch in der Perspektive vieler seiner Kollegen wurde die distinkte Grenze zwischen dem Beobachtungssystem und dem System der Herstellung kollektiver Verbindlichkeiten nicht erkannt, sie waren in dieser Konstruktion operativ nicht geschlossen. Dies führt dann oft zu kontraintentionalen Ergebnissen: Gerhard Schröder wäre ohne das mediale Dauerfeuer 1965 kaum Außenminister geblieben, zu negativ waren seine außenpolitische Bilanz und sein Image bei den Franzosen. Erhard mußte ihn aber stützen, um das – ebenfalls medial konstruierte – Bild vom schwachen Kanzler zu unterlaufen.¹²⁶ Die aggressiven Polemiken gegen den NPT in der deutschen Öffentlichkeit steigerten im Ausland die Sorge um deutsche Atomambitionen, und damit auch den auswärtigen Druck, den Vertrag zu unterzeichnen. Freilich konnten dabei aus deutscher Sicht einige Verbesserungen durchgesetzt werden.

Öffentlichkeit und öffentliche Meinungen haben also durchaus Einfluß auf die Politik, können Themen nach vorne rücken, aufladen („Priming“) und konnotieren („Framing“), sie besitzen aber nicht eine unmittelbare Gestaltungsmacht und taugen nicht als Surrogat der Politik. Dieser Befund wird von der neueren Medienwirkungsforschung bestätigt, welche die Agenda-Setting-Funktion der Medien stark macht, frühere Allmachtshypothesen der Medienwirkung aber negiert.¹²⁷ Die Außenpolitik bildet bisher jedoch für die Medienwirkungsforschung fast so etwas wie einen blinden Fleck.¹²⁸

¹²⁵ Ebd. 1105.

¹²⁶ Der Leiter des außenpolitischen Büros im Kanzleramt Horst Osterheld kolportiert, Erhard habe gesagt, wenn er auf Schröder verzichte, sehe das „dann wieder so aus, daß ich umgefallen sei“. Aufzeichnung vom 11.10.1965 in: *Osterheld, Außenpolitik* (wie Anm. 53), 248.

¹²⁷ Vgl. *Heinz Bonfadelli, Medienwirkungsforschung*. 2 Bde. 3. Aufl. Konstanz 2004; *Michael Schenk, Medienwirkungsforschung*. 3. Aufl. Tübingen 2007; *Jochen Hoffmann/Ulrich Sarcinelli, Politische Wirkungen der Medien*, in: Jürgen Wilke (Hrsg.), *Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland*. Köln 1999; *Michael Jäckel, Medienwirkung*

Anders als heute, wo Journalisten das Image des unparteilichen Beobachters und kühlen Analytikers kultivieren, und anders auch als die Meinungsforscher, die sich schon früher als nüchtern-neutrale Sozialwissenschaftler sahen, verstanden sich in den 1960er Jahren aber nicht nur Springer, sondern auch andere herausragende Zeitungsmacher wie Rudolf Augstein, Gerd Bucerius oder Henri Nannen als politische Gestalter und überschätzten sich dabei oft; sie agierten teilweise wie Politiker mit eigener Agenda und eigenen programmatischen Verlautbarungen.¹²⁹ Folgerichtig waren oder wurden einige auch Politiker (Bucerius, Augstein) und scheiterten – wiederum folgerichtig – dabei; Medienlogik und politische Logik ließen sich nicht zur Deckung bringen.

Allerdings bildeten sich in den 1960er Jahren mediale Lager heraus, die sich erst nach Bildung der Großen Koalition entlang von Parteilinien ausrichteten. Zwischen den Großverlegern spitzte sich Ende 1967 mit der konzertierten Aktion von *Spiegel*, *Stern* und *Zeit* gegen Springer die Polarisierung zu.¹³⁰ Neben innenpolitischen Fragen war auch die zunehmende Konkurrenzsituation zwischen Springer und den anderen Hamburger Verlegern wichtig, und der außenpolitische Dissens trug entscheidend zum Zerwürfnis bei. In den 1960er Jahren war heftiger außenpolitischer Streit somit an der Tagesordnung. Dieser Streit wurde wie selbstverständlich öffentlich ausgetragen, der Turnierplatz war von allen Tribünen her einsehbar, und das Publikum mischte durch seine kollektiven Äußerungen von der Tribüne her auch mit. Bisweilen findet sich zwar die ältere Vorstellung eines Arkanbereiches der Außenpolitik, etwa wenn Adenauer dem auf eine klärende außenpolitische Debatte im CDU-Bundesvorstand drängenden Kohl bedeutete: „Es ist völlig unmöglich, eine wirklich ernste Sitzung über die ernstesten außenpolitischen Fragen in einem größeren Kreis durchzuführen.“

gen. Ein Studienbuch zur Einführung. Wiesbaden 1999; *Winfried Schulz/Deutsche Forschungsgemeinschaft* (Hrsg.), *Medienwirkungen. Einflüsse von Presse, Radio und Fernsehen auf Individuum und Gesellschaft. Untersuchungen im Schwerpunktprogramm „Publizistische Medienwirkungen“*. Weinheim 1992.

¹²⁸ Vgl. als Ausnahme ein älteres Projekt: *Gerhard W. Wittkämper* (Hrsg.), *Medienwirkungen in der internationalen Politik*. T. 1: Theoretische Grundlagen und exemplarische Entscheidungsprozeßanalyse der Ostpolitik der SPD/FDP-Koalition. T. 2: Das Beziehungsgeflecht von Außenpolitik und Presse. Münster 1986.

¹²⁹ Vgl. bspw. *Augstein, Wege* (wie Anm. 49); *Axel Springer/Hans Wallenberg* (Hrsg.), *Von Berlin aus gesehen. Zeugnisse eines engagierten Deutschen*. Herford 1985.

¹³⁰ Vgl. *Schwarz, Springer* (wie Anm. 26), 385–406.

ren.¹³¹ Gleichwohl hatte auch und gerade Adenauer das öffentliche Spiel der Außenpolitik durchschaut, und zum Ärger seiner Parteifreunde beschränkte er sich auch nach dem Rückzug vom Kanzleramt nicht auf die Abfassung seiner Memoiren, sondern versuchte durch Interviews und Gespräche mit Journalisten, seine außenpolitischen Ziele durchzusetzen.

Die Einstellungen der Bevölkerung wirken noch amorpher als die Massenmedien auf die Politik, sie zeigen sich in den Wahlkabinen und als Antwort auf Fragen, die erst einmal formuliert und gestellt werden müssen. Dann aber verstärken oder mäßigen die Umfrageergebnisse politische Optionen und geben relativ deutlich Korridore des Entscheidungsspielraums vor: Die Bande zu den USA hätten angesichts der stabilen Bevölkerungsoption für die deutsch-amerikanische Freundschaft von den Gaullisten kaum gekappt werden können, auch wenn sie es gewollt hätten. Ebenso wenig war die nationale oder deutsch-französische Verfügungsgewalt über Atomwaffen im Hinblick auf die fehlende Unterstützung der Bevölkerung realistisch¹³², und deutsche Soldaten konnten, trotz der klar artikulierten Forderung Präsident Johnsons¹³³, nicht nach Vietnam geschickt werden. Strauß hatte dies deutlich vor Augen: Ein Bundeskanzler, „der deutsche Soldaten nach Vietnam schicken wolle, würde vom Volkszorn in einem Sturm der Entrüstung hinweggefegt werden“.¹³⁴ Die Grenzen, welche große Bevölkerungsmehrheiten der Politik vorgaben, konnten nicht überschritten werden.

Zum Schluß noch eine Bemerkung zur Periodisierung: Nimmt man Springers ihn desillusionierende Begegnung mit Chruschtschow im Januar und dessen Berlin-Ultimatum im November 1958 als entscheidende Daten seiner antikommunistischen Politisierung¹³⁵, und konstatiert man nach der Ratifizierung der Ostverträge eine gewisse Ermüdung im außenpolitischen Meinungskampf, so kann man auch für dieses Feld, einem Kontinuum des

¹³¹ Sitzung vom 27.11.1964, in: Adenauer: „Stetigkeit in der Politik“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1961–1965. Bearb. v. *Günter Buchstab*. Düsseldorf 1998, 804.

¹³² Dies mußte letztlich auch Strauß erkennen, der in immer neuen Anläufen und Modifikationen versuchte, die Voraussetzungen für eine nukleare Teilhabe der Bundesrepublik in Gestalt einer europäischen (deutsch-französisch getragenen) Atomstreitmacht zu schaffen, vgl. *Strauß*, Erinnerungen (wie Anm. 2), 310, 435.

¹³³ Vgl. AAPD 1965. Hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amts v. Institut für Zeitgeschichte. Bearb. v. *Mechthild Lindemann/Ilse Dorothee Pautsch*. Wissenschaftlicher Leiter *Rainer A. Blasius*. München 1996, Nr. 469, 1938–1942 (mit Anm. 15), *McGhee*, Botschafter (wie Anm. 68), 285; *Osterheld*, Außenpolitik (wie Anm. 53), 266–271.

¹³⁴ Vgl. *Strauß*, Erinnerungen (wie Anm. 2), 429.

¹³⁵ Vgl. *Schwarz*, Springer (wie Anm. 26), 276–294.

öffentlichen außenpolitischen Streits mit den Stationen Atlantiker-Gaulisten-Kontroverse, NPT-Debatte und Kampf um die „Neue Ostpolitik“, von „langen 1960er Jahren“ sprechen. Mit Blick auf die Kontroversen um Westbindung und Wiederbewaffnung der 1950er Jahre oder auf die Auseinandersetzung um die Nachrüstung der späten 1970er und frühen 1980er Jahre scheint der außenpolitische Dissens jedoch fast der „Normalzustand“ der Bonner Republik gewesen zu sein. Wenn in der jüngeren Zeit oft davon die Rede war, daß es über die Grundlinien deutscher Außenpolitik einen Konsens gebe, dann handelt respektive handelte es sich dabei eher um einen Ausnahmefall in der Geschichte der Bundesrepublik.

Zusammenfassung

Der Zusammenhang von Außenpolitik, Öffentlichkeit und öffentlicher Meinung ist ein den politischen und medialen Akteuren präsenter, historisch und sozialwissenschaftlich aber noch nicht hinreichend erforschter Komplex. In den „langen 1960er Jahren“, einer Periode forcierter Medialisierung und einer Phase intensiver Diskussion über Öffentlichkeit und öffentliche Meinung, polarisierte sich die bundesdeutsche Öffentlichkeit und Politik über den atlantischen Kurs von Außenminister Gerhard Schröder, den Atomwaffensperrvertrag und schließlich über die „Neue Ostpolitik“. Axel Springer und andere mediale Akteure versuchten, einen bestimmten außenpolitischen Kurs durchzusetzen, gerieten aber dabei an Grenzen ihrer politischen Gestaltungsmacht. Aus der Perspektive der Systemtheorie scheint dies ebenso folgerichtig wie vor dem Hintergrund der Medienwirkungsforschung. Die demoskopisch ermittelte Einstellung der Bevölkerung spielte im außenpolitischen Streit eine wichtige, aber eher suspensive oder eine die politische Handlungsfreiheit begrenzende Rolle. Am Ende dieser Phase standen sich außen- und gesellschaftspolitisch fest umrissene Lager gegenüber. Ein weitreichender außenpolitischer Konsens zwischen den politischen Lagern scheint ebenso wie ein eher distanzierteres journalistisches Selbstverständnis als bloßer Beobachter und Analytiker demgegenüber ein neueres, wohl flüchtiges Phänomen in der Geschichte der Bundesrepublik zu sein.